

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Poststeuer 95- und 72 Pf. Postbefreiung. Auslandabonnements 8.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnparto 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Volk und Welt“, Berliner „Frauenstimme“, „Technik“, „Wid in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitig. Kompartimente 40 Pf. Restmenge 5.- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pf. (außer zwei letzte gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif. Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Vertrauens: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

# Arbeitsrecht / Menschenrecht

## Die Forderungen der Gewerkschaften.

Die Entschließung des Frankfurter Gewerkschaftskongresses zur Frage des kollektiven Arbeitsrechts hat folgenden Wortlaut:

„Das kollektive Arbeitsrecht ist die der Entwicklung der Arbeiterklasse allein entsprechende Rechtsform. Sicherung und Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die, gestützt auf die geschlossene Macht der Arbeiterklasse, erfüllt werden muß.“

Die Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes bedeutet einen großen Fortschritt für die Vereinheitlichung und Durchführung des Arbeitsrechts. Die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte behörden hat jedoch die berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nur zum Teil erfüllt.

Der weitgehende Schutz der wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit nach Artikel 159 der Reichsverfassung hat in der Rechtsprechung keine ausreichende Anerkennung gefunden. Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Betriebsvereine und der Arbeitnehmergruppen des pommerischen Landbundes bedeutet eine Verkennung des Sinnes der Vereinigungsfreiheit und der Tariffähigkeit. Dagegen muß die Tariffähigkeit auch für wirtschaftliche Verbände gefordert werden, die nicht einzelne Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, sondern Vereinigungen zu Mitgliedern haben, sofern die wirtschaftlichen Verbände auf Grund ihrer Satzungen Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln können. Ebenso stellt die durch die Rechtsprechung anerkannte Zulässigkeit der Nichtzahlung des Tariflohns wegen Verschweigens der Gewerkschaftszugehörigkeit und die Entlassung wegen des Anspruchs auf Tariflohn im Ergebnis eine Eingrenzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereinigungsfreiheit dar.

### Zur unbedingten Sicherung der Tarifverträge

fordert der Kongress eine sofortige Ergänzung der Tarifvertragsordnung, wonach jeder Verzicht auf tarifliche Rechte unter allen Umständen als rechtsunwirksam gilt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ist so zu beschleunigen, daß alle Umgehungsversuche dadurch rechtlich ausgeschlossen werden. In der grundsätzlichen Frage des Schlichtungswesens bestätigt der Kongress erneut die Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlichtung eine staatspolitische Aufgabe ist, und daß der von der Arbeiterklasse erstrebte soziale demokratische Staat die Pflicht hat, bei der Schaffung von Tarifverträgen Hilfe zu leisten. Die Gewerkschaften erstreben in

erster Linie den Abschluß von Tarifverträgen durch freie Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbänden.

Gegen den systematischen Lohnabbau mit Hilfe des Schlichtungswesens und gegen die Eingriffe in das Tarifrecht durch die Reichsregierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung erhebt der Kongress den schärfsten Protest.

Diese Eingriffe haben sich ausnahmslos gegen die Arbeiterklasse gerichtet. Sie sind außerdem nicht mit der Notlage des Reiches zu begründen. Die Tarifverträge hätten ihren Sinn verloren, wenn sie in der Krise auf Grund gesetzlicher Eingriffe nicht weiter gelten sollen.

Mit Nachdruck fordert der Kongress den Ausbau des Arbeitsrechts. Die Vereinheitlichung des Arbeitsvertragsgesetzes und die Erweiterung des Arbeiterschutzes muß endlich mit ernstem Willen baldiger gesetzlicher Neuordnung in Angriff genommen werden.

Im Berufungsausbildungsgesetz ist der Vorgang des Tarifvertrages eindeutig sicherzustellen und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lehrlingsausbildung zu gewährleisten.

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Arbeitstagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Arbeitstage für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, unter Welterzahlung des Lohnes.

Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorsorge zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.

Der Kongress spricht den Betriebsräten erneut den Dank der Arbeiterklasse aus. Unter schwierigsten Verhältnissen haben sie im Interesse der Arbeiterklasse selbstlos und mit Erfolg ihre Pflicht getan. Die Gewerkschaften werden sich auch weiterhin mit aller Kraft für den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und für weitergehende Sicherung der Betriebsvertretungsmittel einsetzen.

Damit waren die vier großen Beratungsgegenstände erledigt, und der Kongress ging nun an die Wahl des neuen A. O. B. Vorstandes.

(Ueber die Schlussverhandlungen des Kongresses siehe vierte Seite des Hauptblattes.)

# Der Weg zum Sozialismus.

## Nachwort zum Gewerkschaftskongress.

F. E. Frankfurt a. M., 4. September. (Eigenbericht.)

Von den vierzehn Gewerkschaftskongressen, die seit dem Ende des Sozialistengesetzes in Deutschland abgehalten wurden, fielen manche in eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges, aber noch keiner in eine so schwere, fast aussichtslose Krise wie der jetzt beendete Kongress. Gerade die Not dieser Zeit muß die Arbeiterschaft mehr denn je zusammenführen. Sie hat dem denkenden Arbeiter die Sinne geschärft für die Erkenntnis der Ursachen der gegenwärtigen Zustände, des Fiascos und der Ausweglosigkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems und gleichzeitig in ihnen neu belebt die Hoffnung auf seine Ueberwindung und damit auf die Herbeiführung einer besseren planvollen Wirtschaft, der sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Der Kapitalismus beansprucht für sich alle Vorteile der technischen und kulturellen Entwicklung, das Risiko wälzt er auf die Schultern der breiten Masse ab. Aber die „Wirtschaftsführer“ dürfen sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ihr Nimbus nicht nur in den Augen der Arbeiterschaft ein für allemal geschwunden ist. Ihre Ablenkungsmanöver durch das Geschrei über „marginalistische Mißwirtschaft“, das sie in ihrer Presse anstimmen lassen, können die Tatsache nicht entkräften, daß es ihre Wirtschaft, die kapitalistische Mißwirtschaft ist, die so schmachlich versagt hat.

Die Regierung mag heute noch glauben, das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf dem Gewerkschaftskongress auf der Anlagelbank saß und einmütig verurteilt wurde, retten zu können und es mit allen Mitteln stützen zu müssen auf Kosten der Arbeiterschaft, sei es durch direkte oder indirekte Zuwendungen an das Unternehmertum in der Landwirtschaft und der Industrie, sei es durch Notverordnungen, durch Entwertung der Sozialversicherungen oder der Lockerung der Tarifverträge, durch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens und der Verbindlichkeitserklärung. Daß sie sich durch ihre Notverordnungsmaßnahmen gegen die Arbeitenden und die Arbeitslosen keine Freunde erwirbt, von einer verschwindenden Minderheit abgesehen, darüber ist sie sich wohl klar. Aber offenbar sieht sie nicht, daß sie auf diesem Wege nicht weiterkommt.

Das Bekenntnis des Reichsarbeitsministers Stegerwald, er habe der Arbeiterschaft starke Zumutungen machen müssen, in Verbindung mit seiner Andeutung, daß er ihr in den nächsten Monaten noch weitere Opfer auferlegen muß, stieß auf die Entgegnung, die Geduld auch der organisierten und disziplinierten Arbeiterschaft halte weitere Belastungsproben nicht mehr aus.

Das hart umkämpfte Problem der Belieferung der Arbeitslosen mit Naturalien streifte der Minister nur kurz. Während in dem vorbereiteten Redemanuskript von der Errichtung von Volksküchen die Rede war, begnügte sich Herr Stegerwald in seiner wirklich gehaltenen Rede damit, auf die Möglichkeit einer Zuwendung von Naturalien an die Arbeitslosen hinzuweisen mit der Begründung, daß man durch Ausschleudung des Zwischenhandels den Arbeitslosen billigere Lebensmittel zur Verfügung stellen könne. Wie die Regierung diese Absicht verwirklichen will und ob sie das überhaupt kann, steht dahin.

Besonders befremdete, wie Leipart ausdrücklich feststellte, daß die Regierung zur Einführung der 40stündigen Wochenarbeitszeit bis jetzt noch keine Entschlüsse gefaßt hat. Anlage folgt auf Anlage: gegen den Abbau der Sozialpolitik, gegen den Lohnabbau, gegen die Behandlung der arbeitslosen Jugendlichen, der Heimarbeiter und der Bauarbeiter, gegen die unerträgliche Belastung der Gemeinden und gegen die Art, wie heute das Arbeitsrecht von den Arbeitsbehörden und dem Reichsarbeitsgericht mißachtet wird. Dabei kam immer wieder der Wille zum Ausdruck, nicht alles geduldig hinzunehmen, sondern die Abwehr der Gewerkschaften zu verstärken.

Der Kongress begnügte sich jedoch keineswegs damit, die Beschwerden und Wünsche der Arbeiterschaft laut werden zu lassen, er zeigte auch den Ausweg, der aus der gegenwärtigen Situation herausführt. Nicht nur der Wissenschaftler Professor Lederer, nicht nur der Praktiker, der Altonaer Oberbürgermeister Brauer, auch die Gewerkschaftsführer bekundeten, daß der nächste Weg auf politischem Boden zu suchen und in der Verständigung mit den übrigen Ländern zu finden sei. Diesem Gedanken wurde besonders bei den imponenten Kundgebungen, die dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. vorausgingen und ihn in Mainz begleiteten, in feierlicher und erhebender Weise Ausdruck verliehen.

# Standrecht in Polen!

## Ein Zeichen der Diktatorenangst.

Warschau, 4. September. (Eigenbericht.)

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, ab Sonntag für eine Reihe Strafprozesse das standrechtliche Verfahren einzuführen, was eine bedeutende Verschärfung der Urteilsfähigkeit und Verschärfung der Strafen bedeutet. Dieses Verfahren findet Anwendung auf Raubüberfälle, Hochverrat und alle Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung. Bei einigen Verbrechen, die bisher mit Zuchthaus geahndet wurden, wird in Zukunft die Todesstrafe verhängt.

Die amtliche Motivierung erklärt, daß dieser Schritt nicht nur durch die letzten Unruhen in Ostgalizien bewirkt worden sei, sondern auch durch die Zunahme des Banditenwesens im ganzen Lande. Unzweifelhaft ist diese Ausnahmemaßnahme auf die jüngsten Vorfälle in Ostkleinpolen, auf die Ermordung Holudkos und die mehrfachen Mordfälle auf Postämtern und Postwagen zurückzuführen.

Polen leidet mindestens ebenso wie die meisten anderen Länder unter der Krise, aber gut ist es dort auch nicht gegangen, als das anderswo noch der Fall war. In Polen kommt noch die wachsende Empörung gegen die gewalttätige Willkürherrschaft der Obergalizer Pilsudskis und ihres Gefolges von brutalen Faschisten und elenden Streibern dazu. In den Massen der Arbeiter und Bauern regt sich die Auflehnung, von den auch national unterdrückten Minderheitsvölkern im Osten gar nicht zu reden. Ein Moskauer Funkpruch der Roten Armee spricht rühmend von Meutereien in den polnischen Truppen an der russischen Grenze, und wenn da auch Großsprecher die Wort führen mag, so ist doch die in kurzem Abstand erfolgte Hinrichtung zweier Offiziere wegen Auslieferung militärischer Ge-

heimnisse an Rußland schon ein verdächtiges Zeichen. Sicher ist, daß im Offizierskorps die Ueberhebung der Kumpane Pilsudskis und das schnelle Avancement ihrer Günstlinge die Stimmung sehr verschlechtert hat. Die Soldaten aber kommen aus den Familien des notleidenden Volkes!

Die Kriegsmäßigkeit der Pilsudski-Regierung gegen das eigene Volk ist ein nicht zu verkennendes Zeichen der Angst vor einem vernichtenden Ausbruch des Volkszorns.

# Straßenkämpfe in Barcelona.

## Anarchistenstreik zusammengebrochen.

Madrid, 4. September.

Innenminister Maura teilte mit, daß bei einer Belagerung von Anarchisten im Gewerkschaftshaus der Bauarbeiter in Barcelona, die sich schließlich ergeben mußten, zwei Personen getötet und acht verwundet worden seien, und zwar als eine Volksmenge die Polizei angriff, die eine größere Anzahl Verhafteter abführte. Bei diesem Zusammenstoß hätten fünf Gefangene wieder entkommen können.

Um 19 Uhr abends wurde in fast allen Stadtvierteln von Barcelona geschossen. Die Polizei hat in den Straßen Waffen aller Art aufgesammelt, die von den Anarchisten weggeworfen waren. Im übrigen hat das Streikkomitee in Barcelona die Wiederaufnahme der Arbeit ab morgen angeordnet. Auch in Saragossa ist der Ausstand beendet.

# Die Zukunft der Mandatsländer.

Debatte im Völkerratsrat.

Genf, 4. September. (Eigenbericht.)

Im Völkerratsrat kam es bei dem Bericht der Mandatskommission über die Verwaltung von Palästina, Syrien, Südwestafrika, Neu-Guinea und Nauru zu einer grundsätzlichen

Aussprache darüber, ob diese Mandatsgebiete zu selbständigen Staaten gemacht werden sollten.

Der Bericht erwähnt, daß für solche Staaten gewisse Garantien ihrer Lebensfähigkeit und Unverletzlichkeit aufgestellt werden müßten. Italien will in dieser Frage vor allem Reistbegünstigung bei voller Gegenseitigkeit und offene Tür für alle Mächte. Südafrika als Mandatsmacht für das ehemalige Deutsch-Südwestafrika fürchtet, daß durch solche Garantien diese neuen Staaten nicht volle Mitglieder des Völkerrates werden könnten, während Persien Garantien für den Schutz der Unabhängigkeit fordert durch Verteidigungsfähigkeit des Landes. Für Deutschland erklärte Curtius die Zustimmung zu den allgemeinen Regeln für die Selbständigkeit der Mandate, ebenso zu Italiens Verlangen nach grundsätzlicher Gleichberechtigung, offene Tür und — Schutz der Minderheiten. (!!) Diese Regeln dürften aber nicht zu unüberwindlichen Hindernissen für die Selbständigkeit werden. Das Ziel der baldigen Freigabe der Mandate müsse erhalten bleiben. Auch seien nicht für alle Fälle allgemeine Regeln möglich, sie müßten von Fall zu Fall entschieden werden.

Schließlich gab Curtius seiner tiefen Befriedigung über die Entwicklung im Irak Ausdruck und der Hoffnung, daß der Wunsch des Irakvolkes bald in Erfüllung gehen möge, ohne Verletzung der Gleichberechtigung.

Lord Cecil-England erklärte sich einverstanden mit den Regeln der Mandatskommission, der Sicherung von Privilegien und Unverletzlichkeit der Ausländer, sowie der Einhaltung wirtschaftlicher Verträge. Flandin-Frankreich erklärte es für nötig, daß die

Verteidigung der Unabhängigkeit und die Erfüllung der Garantien durch Schutz der früheren Mandatsmacht

aufrechterhalten werden müssen. Er unterstrich die italienischen Forderungen zur Handelspolitik und die Befriedigung Frankreichs über die Anerkennung seiner Mandatsarbeit. Marinkowitsch-

Südlawien sagte als Berichterstatter alle Meinungen zusammen und erklärte sich zur Änderung seines Berichts bereit in dem Sinne, daß die Bedingungen für die Selbständigkeit eines Mandats auf Grund der allgemeinen Richtlinien von Fall zu Fall bestimmt werden sollen. Die mit diesen Änderungen angenommene Entschließung enthält die von Italien vorgeschlagenen Garantien und die Feststellung, daß dieses Garantiesystem nur Übergangscharakter bis zur völligen Eigenhoheit haben könne.

## Der Verzicht wird honoriert.

Völkerratsanleihe für Oesterreich.

Genf, 4. September. (Eigenbericht.)

Neben der Entgegennahme von Berichten über die Welt-Opiumkonferenz, geistige Zusammenarbeit, Hebung der Gesundheitsfürsorge auf dem Lande und Flüchtlingsfürsorge war der wichtigste Punkt des ersten Teiles der Ratssitzung am Freitag die Finanzhilfe für Oesterreich. Oesterreichs Antrag wurde empfehlend an die Finanzkommission überwiesen, die in der kommenden Woche die Durchführung der als sicher geltenden Völkerratsanleihe beraten wird.

Das Diktat von St. Germain hat Oesterreich zu einem Staat gemacht, der aus eigener Kraft nicht leben kann. Da man diesen Staat zwingt, „unabhängig“ zu bleiben, indem man seinem deutschen Volk den Anschluß an das größere Deutschland verwehrt, muß man dauernd Geld hineinpumpen. Manchmal wird die fällige Anleihe an eine neue Unterwerfungserklärung dieses „unabhängigen“ Staates geknüpft. So auch diesmal durch die Er — mutigung zu dem Verzicht auf die Zollunion. Schöber hat, da man auch seinen Rücktritt wegen seiner Anschließtreue fordert, Journalisten erklärt, sein Abschiedsgesuch liege in Wien vor; man brauche es nur zu erledigen, wenn man seinen Rücktritt wünsche.

## post festum.

Einige hundert Exemplare des Haager Gutachtens über die staatsrechtliche Zulässigkeit einer österreichisch-deutschen Zollunion sind unterwegs nach Genf. Teil I im Flugzeug, Teil II im Zug über Paris.

Der Vorsitzende des Kongresses, Genosse Brandes, konnte in seinem Schlusswort mit Stolz darauf hinweisen, daß der Frankfurter Gewerkschaftskongress seine Beschlüsse mit seltener Einmütigkeit gefaßt hat. Er stellte fest, daß die Verbundenheit zwischen Partei und Gewerkschaften inniger und stärker ist denn je. Den Gegnern der Gewerkschaften konnte er das Wort Trojki's entgegenhalten „An den deutschen Gewerkschaften rennt ihr euch den Schädel ein!“ Er brandmarkte den Klassenverrat durch Moskau am 9. August und charakterisierte treffend das Treiben der deutschen Faschisten.

Der Kongress hat gezeigt, daß die Arbeiterchaft heute nicht nur bereit, sondern auch fähig ist, die Leitung der Wirtschaft und des Staates zu übernehmen, die die sogenannten Wirtschaftsführer in eine Katastrophe gebracht haben, aus der es mit den Mitteln des kapitalistischen Systems keine Rettung gibt. Hier liegt das große positive Ergebnis der Frankfurter Tagung, die für Deutschland und die Welt eine Hoffnung bedeutet.

Immer wieder aber in allem kam der Wille zum Ausdruck, den Angriff auf den entscheidenden Punkt zu richten und an die Stelle einer gedankenarmen Notverordnungspolitik, die nur an Symptomen herumkuriiert, eine Politik zu setzen, die an die Wurzel des Übels geht, eine Politik, die aus der Wüste des Kapitalismus herausführt.

## Reichstageseinberufung abgelehnt.

Entscheidung des Ältestenrats.

Der Ältestenrat des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags.

Während der kommunistische Abgeordnete Torgler im wesentlichen den Antrag innenpolitisch begründete, meinte der deutschnationale Abgeordnete Berndt, ein Zusammenritt sei erforderlich wegen des schmachvollen Verhaltens der Reichsregierung in Genf. Auch müsse man von der Reichsregierung verlangen, daß sie Mittel und Wege finde, um den Besuch der französischen Staatsmänner, der für Ende September in Aussicht genommen sei, zu verhindern.

Staatssekretär Bänder hat namens der Reichsregierung, es bei dem seinerzeit in Aussicht genommenen Termin des Zusammentritts des Reichstags am 13. Oktober zu befallen. Da sich für die vorzeitige Einberufung des Reichstags nur die Vertreter von 225 Abgeordneten (Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten) ausgesprochen hatten, so gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Landvolkpartei hatte brieflich erklärt, daß angesichts des lediglich parteipolitischen Motivs entpringenden Antrags auf Einberufung des Reichstags keine Verantwortung sehe, sich an der Sitzung zu beteiligen.

## Die Stahlhelm-Niederlage.

Das endgültige Ergebnis des Volksentscheids.

Am Vormittag des 4. September wurde das endgültige Ergebnis des Volksentscheids „Landtagsauflösung“ vom 9. August dieses Jahres festgestellt. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, haben sich danach an der Abstimmung beteiligt: 10 425 635 gleich 39,2 Proz.; davon sind gültige Stimmen: 10 182 185 gleich 38,3 Proz., ungültige Stimmen 243 450 = 0,9 Proz. Von den gültigen Stimmen waren Ja-Stimmen: 9 793 030 = 38,8 Proz., Nein-Stimmen 389 155 = 1,5 Proz. Den größten Prozentsatz an Ja-Stimmen stellte der Stimmkreis Posen mit 54,1, dicht dahinter folgt Pommern mit 53,3, Ostpreußen mit 49,0, dann folgen Frankfurt a. d. O. mit 47,7, Ostpreußen mit 47,1, Schleswig-Holstein mit 47,0, Liegnitz mit 43,7, Regensburg mit 42,1 und Erfurt mit 41,4 Proz. der ortsanwesenden Stimmberechtigten. Den kleinsten Prozentsatz an Ja-Stimmen erbrachten die Stimmkreise Köln-Nachen mit 16,1, Koblenz-Trier mit 25,4, Westfalen-Nord mit 26,9 und Berlin mit 30,1 Proz.

## Beratungen des Strafrechtsausschusses

Zusammenritt am 22. September

Als einziger der großen Reichstagsausschüsse wird der Strafrechtsausschuss im Herbst eine größere Tagung abhalten. Der Ausschuss ist jetzt für den 22. September einberufen worden, um die Strafrechtsreform, die im Frühjahr bei der Reichstagsberatung gleichfalls abgebrochen wurde, nunmehr fortzusetzen. Zur Beratung wird zunächst der 16. Abschnitt der Strafrechtsreform gestellt, der gemeingefährliche Handlungen, Störungen des öffentlichen Verkehrs und andere Delikte umfaßt. Von größerer Bedeutung sind die dann folgenden Beratungen über den 17. Abschnitt, der die Tötungen betrifft und bei dem infolgedessen die Entscheidung über die Todesstrafe gefällt werden muß. Weitere wichtige Bestimmungen sind die über den Hoch- und Landesverrat, die im Frühjahr vom Ausschuss zurückgestellt waren und bei den kommenden Ausschussberatungen noch erledigt werden müssen. Für den weiteren Fortgang der Beratungen an der Strafrechtsreform wird es eine nicht unerhebliche Rolle spielen, wie sich die Deutschnationalen und Nationalsozialisten künftig verhalten werden. Eine Entscheidung darüber, ob diese Parteien an den Ausschussberatungen in Zukunft wieder teilnehmen werden, ist noch nicht gefällt. Dies gilt jedoch nicht als ausgeschlossen, zumal bei den bevorstehenden Beratungen wichtige Entscheidungen zu treffen sind. Der Vorsitzende des Strafrechtsausschusses, Geheimrat Dr. Kahle, hofft, die Ausschussberatung der Strafrechtsreform in wenigen Wochen beenden zu können, wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten.

## Die Kette der Verleumdung.

Eine edle Gesellschaft vor Gericht.

Stuttgart, 4. September. (Eigenbericht.)

Eine deutschnationale Kette und Verleumdungsgesellschaft ist wehmütig zu Kreuze getreten. Das ist der Schluss einer Verhandlung, die am Freitag vor dem Stuttgarter Schöffengericht stattfand. Im Anschluß an den Zusammenbruch der Danat-Bank und die Schließung der Banken war in Böblingen das Gerücht verbreitet worden, der dem Zentrum angehörende Staatspräsident Holz habe rechtzeitig für sich gesorgt, indem er 200 000 Mark in die Schweiz verschoben und dort ein Grundstück erworben hätte. Das ließ Holz begrifflicherweise nicht auf sich sitzen, sondern stellte Strafantrag wegen übler Nachrede.

Der Verlauf der Gerichtsverhandlung war für die Vertreter der Verleumdung, in der Mehrzahl Beamte oder Pensionäre der Republik, ein Reinfall schlimmster Art. Die Verleumdung ging aus von dem noch jugendlichen Ober-

sekretär am Stuttgarter Wohnungsamt, Guckelberger, der von einem unbekannt gebliebenen Dritten, der wiederum mit einem Bankbeamten befreundet sein und es daher ganz gewiß behaupten zu können glaubte, zuerst von der Sache erfahren hatte. Er sagte es dann weiter zu einem gewissen Otto Ebert in Stuttgart. Dieser gab es an den Generalmajor a. D. Klein, der es brüderlich dem Major a. D. Talmer in Böblingen, dem Leiter der dortigen Fliegerschule und des Flughafens weitererzählt und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerkten, ein Zeuge würde dafür einstehen und man dürfe davon Gebrauch machen. Das tat Talmer auch, und er erzählte es einem Privatgelehrten Dr. Karl Wanner, dieser wiederum dem Regierungsbaumeister Karl Haas und nun wußte man es binnen 24 Stunden an allen Wirtshäusern Böblingens, Stuttgarts usw.

Die Beweisaufnahme ergab, daß an dem Gerücht kein wahres Wort war. Die genannten Angeklagten waren daher überaus kleinlaut, stammelten etwas davon, daß es nur „Unterhaltungsgespräche“ gewesen seien und daß sie selbst gar nicht an das Gekläubte hätten, was sie aber doch so eifrig weiterverbreitet haben. Das Ergebnis war, daß sie sich sämtlich zur Unterzeichnung eines vom Staatspräsidenten Holz aufgesetzten glatten Widerrufs ihrer Behauptungen bereit erklärten, der auf ihre Kosten in einer großen Anzahl von Blättern veröffentlicht werden soll, eine Buße von 1000 Mark für wohltätige Zwecke zahlen und daß sie die Kosten des Verfahrens übernehmen. Daraufhin wurde der Strafantrag zurückgenommen und das Verfahren eingestellt.

## Landräte gegen Regierung.

Die Konsequenzen ihrer politischen Haltung.

Liegnitz, 4. September. (Eigenbericht.)

Der langjährige Landrat des Kreises Liegnitz, Dit, ist auf Anweisung der preussischen Regierung soden zur Disposition gestellt worden. Als Grund dieser Maßnahme verlautet seine Teilnahme am Volksentscheid. Für ihn wurde Regierungsrat Dr. Krause vom preussischen Innenministerium zum kommissarischen Verwalter des Landratsamtes Liegnitz bestellt.

Im Zusammenhang damit ist interessant, festzustellen, daß neben Landrat Dit auch der Oberbürgermeister von Liegnitz, der der Deutschen Volkspartei angehört, am Volksentscheid teilgenommen hat.

Ebenso wie Dit sind auch Landrat von Gohler in Rausgard und der deutschnationale Landrat von Salisch in Schweidnitz vom Amt entfernt worden, weil sie den Hehentscheid gegen die preussische Regierung mitmachten.

## Von und zu — auf und davon!

Der Baron als kommunistischer Wanderredner.

Halle, 4. September. (Eigenbericht.)

Von Tag zu Tag wird unerkennbarer, daß die KPD. und die NSDAP. kaum mehr zu unterscheiden sind; wird immer offensichtlicher, daß beide Parteien dieselben Ziele verfolgen, nämlich die Vernichtung der deutschen Republik. Je nach der augenblicklich herrschenden Ansicht, welche von diesen beiden „Arbeiterparteien“ dabei schneller zum Ziele kommt, wechseln ihre Mitglieder hin- und herüber. Und bei jedem dieser Uebertritte wird die Kellametrommel gar gewaltig geschlagen und mit großem Pathos verkündet, daß wieder einer den richtigen Weg gefunden habe zu der einzigen Partei. Augenblicklich trommelt die KPD. gewaltig mit einem derartigen, man kann wohl sagen, berufsmäßigen Uebertritter, Reichswehrhoffiziere und einfache „Bons“ genügen den Moskowitern jetzt nicht mehr. Die neueste Erwerbung war ein Baron von Frankenberg und Proschwitz. Dieser Sowjet-Baron war von den Nazis zu den Kommunisten übergetreten und war das Paradeponder der Versammlungen in Stadt und Land. Jedes kleine Dörfchen bekam die Ehre des Besuches des Genossen Baron von und zu, auf und davon. Denn inzwischen ist er auch wieder auf und davon.

Als er in Halle in einer Versammlung der KPD. über „Mein Weg von der NSDAP. zur KPD.“ reden sollte, stellte sich

auf einmal heraus, daß der Renommierbaron schon wieder Nazi geworden war. In einer Erklärung, die er in der Versammlung dann abgab, gab er als Grund seiner Rückkehr zur NSDAP. an, daß die kommunistischen Anhänger sich in einem Dretum befänden, wenn sie glaubten, eine Besserung in der Lage des Proletariats könne die KPD. herbeiführen. Die Massen der kommunistischen Anhänger seien allein, auch in den Augen der Führer, nur die Werkzeuge, mit denen die Führer der KPD. auf Geheiß von Moskau das Chaos herbeiführen. Mit dem schaffenden Arbeiter triebe die KPD.-Führung Schindluder, seine Arbeitsgroßen benutze sie, um ehrgeizigen Wünschen Rechnung zu tragen. Boraus zu ersehen ist, wie wenig sich die beiden Parteien des „großen Raules“ voneinander unterscheiden.

## In Sachen Alsberg...

Eingreifen des Justizministeriums.

Zu den im Zusammenhang mit einem Zivilprozeß erhobenen Vorwürfen gegen die Verteidiger von Hugo Stinnes jr. wird mitgeteilt, daß das Justizministerium sofort nach Bekanntwerden der Angriffe die Akten dieses Falles, also des Prozesses der Frau des Rechtsanwalts Glade gegen die Rechtsanwälte Dr. Alsberg, Gollnick und Sammer (Altona), sowie gegen Stinnes jr. eingefordert hat, um den Dingen, die behauptet wurden, auf den Grund zu gehen. Die Akten befanden sich nach dem Landgericht II Berlin, dessen zuständige Kammer noch mit der Ausarbeitung der schriftlichen Urteilsgründe für die Abweisung der Klage, soweit sie gegen Professor Dr. Alsberg sich richtete, beschäftigt war.

Bezüglich der übrigen drei Beklagten war die Abgabe der Sache an die für diese zuständigen Gerichte, das Landgericht III Berlin, sowie die Gerichte in Altona und Rülheim (Ruhr), bisher noch nicht erfolgt, so daß die Antündigung, daß bereits am 9. September gegen Rechtsanwalt Gollnick Termin vor dem Landgericht III anstehe, nicht zutreffen würde.

Bei den Justizbehörden bemüht man sich, Landgerichtsdirektor Arndt in seinem Urlaub zu erreichen, um von ihm entweder schriftlich oder mündlich eine Stellungnahme zu den in der Zivilklage behaupteten Dingen zu erhalten. Dabei muß erneut darauf verwiesen werden, daß der Name des Vorsitzenden im Stinnes-Prozeß erster Instanz weder in der Klage vorkommt, noch in der Verhandlung vor dem Landgericht II erwähnt worden ist. Es dürfte aber kein Zweifel daran bestehen, daß sich der angebliche Auftrag zum „Aushorchen“, den Frau Glade erhalten haben will, sich auch auf den Vorsitzenden der Verhandlung bezogen haben soll.

Die von anderer Seite aufgestellte Behauptung, daß dieser Zivilprozeß bei Gericht verheimlicht worden sei, wird von zuständiger Stelle bestritten. Da es sich um eine Klage gegen Anwälte handelte, sei die Anwaltskammer, wie üblich, informiert worden.

## Straßenraub als politisches Mittel.

Die neueste Progis der KPD.

Hamburg, 4. September. (Eigenbericht.)

In einem dicht besetzten Stadtteil Hamburgs wurde am Freitagmorgen ein Transportauto des „Hamburger Anzeigers“, einer demokratischen Zeitung, von Kommunisten angehalten. Die Kommunisten raubten das Auto in wenigen Minuten aus und warfen die Zeitungen in einen nahe gelegenen Kanal. Dieser Ueberfall gehört zur Wahlkampfsprogis der Hamburger KPD., von der bis zu den Hamburger Bürgerchaftswahlen am 27. September noch einiges zu erwarten sein wird.

## Nachricht vom „Nautilus“

Tromsö, 4. September.

Wie der Wetterdienst für Nordnorwegen mitteilt, gelang es heute abend um 11 Uhr mit dem Unterseeboot „Nautilus“ in Verbindung zu kommen. Das U-Boot sankte, daß an Bord alles wohl sei.

# Schulen in höchster Gefahr

## Man plant Verzweiflungsmaßnahmen. — Massentlassungen von Lehrern?

Die katastrophale finanzielle Lage der Reichshauptstadt und der Wille, trotz aller Schwierigkeiten die Zahlungsfähigkeit Berlins aufrechtzuerhalten, hat den Magistrat gezwungen, rigorose Sparmaßnahmen zu beschließen, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Besonders stark ist die Schule gefährdet. Hier scheinen einige Beschlüsse und Pläne über das Maß des Erträglichen hinauszugehen. — Immer wieder muß zu den getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen der Stadtverwaltung gesagt werden, daß Berlin wie alle anderen deutschen Städte unter dem drückenden Zwang einer ins Ungeheure sich angewachsenen Not handelt. Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt bei der Reichsregierung, die den Gemeinden endlich rasche und ausreichende Hilfe gewähren muß. Die Katastrophe erscheint sonst unvermeidlich.

Die in einem Teil der Abendpresse verbreiteten Meldungen über einen weiteren katastrophalen Abbau im Schulwesen auf Grund einer preussischen Notverordnung lassen sich auf ihren Inhalt erst dann prüfen, wenn die Notverordnungen bekanntgegeben werden. Damit ist aber vor Anfang nächster Woche nicht zu rechnen. Inwieweit die Beschlüsse des preussischen Kabinetts die Städte, insbesondere die Stadt Berlin zwingen, über die von ihr beschlossenen Sparmaßnahmen hinauszugehen, wird erst nach der Veröffentlichung zu beurteilen sein. Auf Grund der Beschlüsse des Deutschen Städte-tages hat der Magistrat bereits am vorigen Mittwoch sich zu einschneidenden Maßnahmen gezwungen gesehen. Bereits vor den Sommerferien waren Beschlüsse festgelegt, die in ihren Auswirkungen eine Entlassung von Hilfskräften bei den Volksschulen von 220 Lehrern und bei den höheren Schulen von 160 Lehrkräften vorsehen. Die Entlassungen stellen sich dar als eine Auswirkung der vom Senate angeordneten Erhöhung der Pflichtstundenordnung, die bis zum 1. Oktober eingeführt werden muß. Bei den Fach- und Berufsschulen wird keine Änderung der Pflichtstunden eintreten.

aber die Verminderung der Schülerzahl von 84 000 auf 71 000 bedeutet ein Ueberflüssigwerden von rund 170 Lehrkräften.

Die neuen Sparmaßnahmen bedeuten zunächst eine Einschränkung der sächlichen Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Lehr- und Lernmittel in einem Ausmaße von ungefähr 10 Prozent. Wesentliche Ersparnisse lassen sich aber nur durch eine Kürzung des Personaleinsatzes erreichen, da der gesamte Schuletat zu 75 Prozent Personalkosten enthält. Die einfachste Lösung schien gegeben durch eine Erhöhung der Klassenfrequenz, die in Berlin nur 35,2 beträgt.

Berlin stand mit dieser niederen Klassenfrequenz unter allen Großstädten Preußens bei weitem am günstigsten da.

Jede Erhöhung der Frequenz um eine Einheit bedeutet aber eine Entlassung von rund 300 Lehrkräften. Es ist deshalb verständlich, daß man hier nur ganz allmählich vorgehen kann und zunächst nur denkt an das Einziehen schwacher Klassen und Zusammenlegen oder Auflösen kleinerer Schulen.

In welchem Umfange hierdurch bei den Volksschulen und bei den höheren Schulen Lehrkräfte frei werden, wird in diesen Tagen geprüft. Eine wesentliche Ersparnis soll erreicht werden durch das Einziehen einer großen Zahl überflüssiger Volksschullehrerstellen, wodurch die Beiträge für die Landesdankklassen gespart werden. Mit der Auflösung schwacher Schulen wird außerdem die Möglichkeit der Unterbringung von Berufsschulen bezweckt, welche zur Zeit in Mietshäusern untergebracht sind. Es wird erstrebt, zum 1. April alle Mietshäuser abzugeben und dadurch eine Ersparnis von rund 1/4 Million Mark zu erzielen. Auf dem Gebiete des

höheren Schulwesens plant der Magistrat eine Aufhebung der von der sozialdemokratischen Fraktion eingeführten sozialen Schulgeldordnung. Die Anwendung der preussischen Bestimmungen bedeutet eine wesentliche Kürzung der Ermäßigungen und Befreiungen vom Schulgeld. Bisher wurde von dem Schulgeldfoll nur ungefähr 50 Proz. aufgebracht, und bei einer Reduzierung des Zuschusses auf 20 Proz.

würden zwangsläufig viele Arbeiterkinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, das Schulgeld aufzubringen, die höhere Schule verlassen müssen.

Eine Erleichterung soll dadurch bewirkt werden, daß man in den oberen Klassen milde vorgehen will. Die Schüler sollen bis zum Abschluß für die mittlere Reife oder bis zur Reifeprüfung noch in der Schule belassen werden. Die Reduzierung des Zuschusses auf 20 Proz. wird nicht für alle Schulen und alle Bezirke schematisch geplant, sondern man wird sich nach dem Umfang der bisher gewährten Freistellen richten. Außerdem ist in Aussicht genommen, für die Aufbauschulen, deren Existenz gefährdet wäre, eine Sonderregelung zu treffen.

Am schwersten betroffen werden natürlich die noch nicht festangestellten Lehrer.

Zugleich bedeuten aber diese Sparmaßnahmen eine Gefährdung der Schularbeit insofern, als gerade die aktiven leistungsfähigen Kräfte, die auf Grund jahrelanger Ausbildung modernen Unterricht erteilen, der Schule entzogen werden. Das gilt für die Volksschulen wie für die höheren Schulen.

Eine Entlassung einer großen Zahl von Hilfslehrkräften an den weltlichen Schulen würde deren Bestand gefährden.

Es wäre für diese Schulen unerträglich, Lehrer von anderen Schulen, die eine völlig andere weltanschauliche Auffassung haben, übernehmen zu müssen. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob im Rahmen der kommenden Notverordnung die Stadt eine Regelung wird treffen können, die darauf hinausläuft, einen großen Teil der jüngeren Lehrkräfte der Schule zu erhalten. Wir würden es für viel zweckmäßiger ansehen, wenn ältere oder nicht besonders leistungsfähige Lehrer in den vorzeitigen Ruhestand versetzt würden.

Uebrigens soll bei allen geplanten Maßnahmen nicht vergessen werden, daß Sparsamkeit auf Kosten der kommenden Generation die allergeringste Form der Sparsamkeit ist.

## Flugblätter darf man klauen!

### Das Schnellschöffengericht erlaubt es ausdrücklich.

Ein bedenkliches Urteil sollte jedoch das Berliner Schnellschöffengericht.

Die Frage, unter welchen Paragraphen des Strafgesetzbuches oder anderer Gesetzvorschriften das Begreifen von Flugblättern fällt, beschäftigte das Schnellschöffengericht. Am Tage vor dem Volksentscheid hatte ein Arbeitsloser in der Gohrdammstraße einem Zeitungshändler, der Flugblätter des „Vorwärts“ verteilte, das ganze Paket Zeitungen weggenommen. Er war daher von der Staatsanwaltschaft wegen Nötigung angeklagt. Das Schnellschöffengericht sprach aber den Angeklagten nach kurzer Verhandlung frei, da das Begreifen von Flugblättern weder den Tatbestand der Nötigung, noch den des Diebstahls oder eines sonstigen Paragrafen erfüllt.

Die Erlaubnis, die mit diesem Urteil das Gericht allen politischen

Banditen erteilt, über einen Gegner herzufallen und ihm seine Flugblätter, die doch auch einen bestimmten Wert darstellen, ungestraft zu entreißen, wird sich jenes Gericht nicht zweimal erteilen lassen.

## Stralauer Straße 30 frei.

### Aber die Stadt wirft den Nazis Geld hinterher.

In der für die Stadtverwaltung so peinlichen Frage der Vermietung des städtischen Hauses in der Stralauer Straße 30 an die Nationalsozialisten, die hier eine Zentrale für ihre SA-Mordkolonnen schaffen wollten, ist es zu einer „günstlichen“ Einigung gekommen. Die Nazis müssen nunmehr das Haus sofort verlassen. Aber sie haben sich diese großzügige Tat von der Stadt Berlin gut bezahlen lassen. Der von der Nord-Süd-Bahn A.-G. mit dem Beauftragten der Nationalsozialisten abgeschlossene Mietvertrag, für dessen Abschluß in erster Linie Herr Direktor Boufflet verantwortlich ist, sah vor, daß eine Kündigung nur möglich ist, wenn das Haus abgerissen oder von einer städtischen Dienststelle bezogen wird. Die Rechtslage war also für die Stadt Berlin äußerst schwierig und ungünstig. Da alle Versuche, zu einer Vertragskündigung zu kommen, gescheitert waren, hat man sich im Rathaus gezwungen gesehen, den Nationalsozialisten eine erhebliche Summe als Abfindung zu zahlen, um so die lästigen Mieter loszuwerden. Es war gestern abend nicht in Erfahrung zu bringen, wie hoch die Summe ist, über die die Nazis lachend quittieren können. Wir verlangen, daß die Stadtverwaltung die Höhe des Betrages umgehend der Öffentlichkeit bekannt gibt, denn die Berliner Steuerzahler haben ein Recht darauf, wenigstens zu erfahren, was das Hundstücken des Herrn Boufflet der Stadtgemeinde gekostet hat.

## Ausbeuter der Allerärmsten.

### Gericht geht scharf gegen die Glücksspieler vor.

Vor dem Schnellgericht hatte sich wieder einmal ein gewerbsmäßiger Glücksspieler, der Händler Glafemann, zu verantworten, der im Friedrichshain sein Unwesen getrieben hat. In Verfolg der Verhandlung kam das Gericht zu dem erstwähnten Entschluß, energisch und mit strengen Strafen vorzugehen.

Der Angeklagte war am vergangenen Mittwoch gelegentlich einer Razzia bei der „Schließlichen Lotterie“, die er als Bankhalter leitete, von der Polizei überrascht und festgenommen worden. Er bestritt zwar, selbst gespielt zu haben, konnte aber durch die betreffenden Polizeibeamten überführt werden. Mit dem Staatsanwalt stellte sich das Gericht auf den Standpunkt, daß die bisher gegen Glücksspieler im Friedrichshain verhängten Gefängnisstrafen von drei bis vier Wochen noch nicht abschreckend genug gewirkt hätten. Man müsse deshalb noch höhere Gefängnisstrafen ansetzen, um dieser Landplage, die besonders die Armen in der Armen um ihre letzten Pfennige brachte, energisch zu Leibe zu gehen. Der Staatsanwalt gab dem Gericht ein erschütterndes Bild von der Notlage, in die viele Familien dadurch gestürzt wurden, daß die erwerbslosen Männer von den gewissenlosen Bankhaltern zu einem Glücksspiel verleitet und dann um ihr letztes Geld betrogen wurden. Im Polizeipräsidium trafen täglich Briefe mit der Bitte ein, energisch einzugreifen, und auch Frauen würden persönlich mit ihren Kindern vorstellig, endlich den Glücksspieler in der dortigen Gegend ein Ende zu bereiten. Der Staatsanwalt beantragte aus diesem Grunde eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis und erließ gegen den Angeklagten sofort Haftbefehl.

„Graf Zeppelin“ wieder über dem Ozean. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ passierte um 13.25 Uhr MEZ die brasilianische Insel Fernando de Noronha.

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN  
VON Felix Scherret.

James sitzt hinter dem großen Schreibtisch im Privatbüro und grübelt. Gestern abend meldete Berlin alarmierend, die Notierungen schwanken, und heute ist noch kein Kurs aufzutreiben. Mit dem schon geschärften Kopierstift führt James auf der Schreibtischplatte herum. Die Stifte müssen gespitzt sein; Wilma besorgt persönlich diese Arbeit. Wenn sich der Kurs nicht bessert und die Börse noch immer unvernünftig bleibt, ist Geld verloren, sehr viel Geld verloren, Geld, mit dem Getreide aufgekauft werden sollte, schönes Geld, das unangefastet auf dem Geschäftskonto stehen könnte. Aber jetzt heißt es: durchhalten. James streicht Kings Kopf. Warum diese Aufregung? Man soll nicht Aktien kaufen, wenn das Talent zum Spekulieren schwach entwickelt ist. Noch vor zwei Tagen wäre er aus der Affäre heil und gesund herausgekommen, sogar sehr gesund und mit einem Gewinn von 50 000 Mark nach Abzug aller Spesen und Provisionen. Der Gewinn schien jedoch zu niedrig. Und heute...?

King kurrert. Es klingt wie ein dumpfes, unterirdisches Grollen. Fräulein Hinzelmänn ist eingetreten. Vorsichtigerweise bleibt sie an der Tür stehen. Man kennt nie die Gedanken eines Hundes und soll dem Chef nicht unnötig Aergernis bereiten.

„Herr Endrukut aus Grobsand möchte Sie sprechen, Herr Silberfester!“

James blickt auf. Eben berechnete er die Profitmöglichkeiten, die allerdings nicht besonders aussichtsreich sind.

„Endrukut...?“ Er muß erst eine Weile überlegen. Dann fällt ihm ein, daß er von Endrukut im vorigen Jahre Roggen gekauft hat. Grobsand heißt die Bestimmung, sie muß da oben bei Insterburg liegen. Was will der Mensch von ihm? Noch ist nicht die Zeit, Abschlüsse auf Ernten zu tätigen.

Herr Endrukut ist ein breiter, riefenhafter Mann, fast einen Kopf größer als James, der sich ebenfalls nicht zu den Kleinsten zählt. Der modern gearbeitete Sackanzug will zu der Figur nicht passen, die gebieterisch nach Toppe und Schatzstiefeln verlangt. Außerdem harmoriert das rote, mit

Sommersprossen überfärbt Gesicht kaum mit dem Grün des Anzugs. Herr Endrukut verbeugt sich schwerfällig und knipend edig, wie es ehemalige Offiziere tun. King beachtet er nicht, und im Köpfchen der Dogge erblüht die Ahnung, daß mit dieser Erscheinung schlecht Kirchen zu essen ist. Besser, man zieht sich in eine stille Ecke zurück und beobachtet messerscharf.

Die Zeiten sind schlecht, sogar verzweifelt und hoffnungslos. James weiß dies auch ohne Herrn Endrukut, der langsam an den Worten kaut. Nur soll sich dieser Herr aus ländlicher Weltabgeschiedenheit nicht in der falschen Vorstellung bewegen, der Landwirtschaft allein ginge es traurig, und sie bilde das heiligsamer Opfer einer verfehlten Politik. Schließlich bleiben die Schutzälle die sichere Mauer, hinter der allerlei Geschäfte abgeschlossen werden können.

Eine Pause dehnt sich unangenehm in die Länge. Herr Endrukut ist mit der Einleitung fertig. Die miese Lage steht fest umrissen da, an ihr ist nichts zu rütteln, aber damit kann keinem gedient sein. Von dem schwarzen Hintergrund soll sich nun das persönliche Unglück abheben, das absolut unverschuldete Unglück. Man ist tüchtig und sieht trotzdem ständig in Schwulst. Schauderhaft! Der Vater und der Großvater gaben das Beispiel. Aber darüber schweigt man. James hört kaum hin. Jetzt müssen die ersten Kurse da sein, und Berlin wird sich auch schon gerührt haben. Während Herr Endrukut in ländlicher Verbissenheit vor sich hindröhrt, läßt sich James mit dem Schreibmaschinenzimmer verbinden, wo Wilma Briefe diktiert.

„Fräulein Kojak, erkundigen Sie sich bitte nach den neuesten Notierungen“, James mag nicht selbst anrufen. Er fürchtet sich vor katastrophalen Mitteilungen, die das seelische Gleichgewicht erschüttern, und Wilma versteht es, Hiobsbotschaften mit einem verhöhnenden Lächeln zu servieren, sie gewissermaßen der tödlichen Schärfe zu entkleiden.

Herr Endrukut sieht ein, daß etwas geschehen muß. Er kann nicht stundenlang schweigend wie eine ostpreussische Sphinx dastehen und darauf warten, bis sein Gegenüber endlich den Mund zu einer neugierigen Frage öffnet. James Silberfester scheint überhaupt nicht daran zu denken. Er beschäftigt sich augenblicklich mit anderen Dingen. Seine Augen träumen von irgendwelchen Transaktionen.

„Herr Silberfester“ — ein leichter Alkoholdunst verbreitet sich im Zimmer. Wenn man nach langer Zeit wieder einmal in die Provinzialhauptstadt kommt, muß diese Feier gebührend begossen werden. „Ich brauche Geld. Ein paar Ma-

chinen waren zu erneuern und im Vorwerk ließ ich bauen.“ Er unterbricht sich und sieht den Geldmann mit fragenden Rinderaugen groß an. „Ich möchte Ihnen heute schon die Ernte verkaufen.“ Gott sei Dank, die Geburt ist geglückt.

„Die Ernte auf den Halmen“, murmelte James. Das machen sie alle, wenn sie kein Geld haben, und wenn sie Geld haben, muß man sie dazu bringen. Der hochselige Eduard Silberfester fuhr noch im Lande herum, kniepte mit den Bauern und Besitzern, bis er sie unter den Tisch geflossen hatte, dann machte er seine Abschlüsse, und das waren Abschlüsse, die sich gewaschen hatten, die sich vor Gott und den Menschen sehen lassen konnten. „Leider bin ich im Moment knapp.“ Die verdammten Aktien, schlief James in Gedanken.

Das Telephon schrillt. „Noch kein fester Kurs da? Schön! Danke.“ James legt mißgelaunt den Hörer ab. „Ja, es wird kaum etwas zu machen sein. Nehmen Sie doch eine Hypothek auf.“

„Eine Hypothek?!“ Herr Endrukut lacht heiser und schlägt mit der flachen Hand auf den Tisch, so daß King, aus leichtem Schummer erwacht, energisch zu knurren beginnt. „Als ob ich nicht genug Hypotheken aufgepackt habe, Ne, ne, noch eine Hypothek und alles bricht zusammen!“

Da bin ich besser dran, denkt James. Mein Haus ist unbefastet. Hätte ich mich nicht in diese Aktiengeschichte eingelassen, dann könnte ich ruhig schlafen und das Leben genießen. Weiß der Himmel, warum kein Kurs bisher aufzutreiben ist. Die Börse hat zu jeder Zeit zu notieren. Weshalb ist sie sonst überhaupt vorhanden! „Die Preise sind schlecht, Herr Endrukut, sehr schlecht, und sie werden zum Herbst bei dem starken Angebot noch schlechter sein. Ich weiß wirklich nicht, was ich mit Ihnen anfangen soll. Entschuldigen Sie einen Moment.“

James rechnet auf einem großen Schreibblock. Es geht nicht an, untätig dazusitzen, die Hände im Schoß zu falten und nur immer zu hoffen, Westphale möge sich endlich zu einer anständigen bürgerlichen Haltung auf der Börse entschließen. Man muß sich dazwischen auch zu einem Entschluß aufraffen und die laufenden Geschäfte abwickeln oder neue einfädeln. Hätte er doch Manfreds Angebot akzeptiert. Schließlich ist es gleichgültig, wo Manfreds Geld arbeitet und wessen Geld in seinem Geschäft steckt.

Harry schießt in das Zimmer. „Verzeihung, ich will dir nur sagen, James, daß aus Riga die Zahlung eingegangen ist.“ (Fortsetzung folgt.)

# Hilfe für U-Boot Nautilus.

Moskau und Oslo bereiten alles vor.

Moskau über Kuumo, 4. September.

Der Versuch der russischen Funkstationen, durch Kurzwellen mit Wiltins U-Boot „Nautilus“ in Verbindung zu kommen, ist ergebnislos verlaufen. Die Vermutung, daß sich der „Nautilus“ in der Nähe der Bäreninsel befindet, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Sollte ein Antrag auf Rettung der „Nautilus“-Expedition von interessierter Seite erfolgen, dann will die Sowjetregierung den Eisbrecher „Krajin“ mit dem Flieger Tschudnowski entsenden, der sich bekanntlich seinerzeit erfolgreich an der Rettung der „Italia“-Mannschaft beteiligt hat.

Norwegen will, wie aus Oslo gemeldet wird, alles unternehmen, um den „Nautilus“ zu finden. Die norwegische Regierung bereitet augenblicklich Maßnahmen vor, die getroffen werden müssen, um schnellstens eine Hilfeexpedition auszurufen zu können. In Sachverständigenkreisen hegt man jetzt keinen Zweifel mehr, daß dem „Nautilus“ ein ernstes Unglück zugefallen sein muß.

Der Artikelforscher, Kapitän Riser Larsen, erklärte gestern abend in Bergen nach einer Konferenz mit anderen Sachverständigen, daß man über die augenblickliche Lage beraten und auch die Vorbereitungen für eine eventuelle Hilfeexpedition besprochen habe. Wegen der vorgerückten Jahreszeit müßten alle Vorbereitungen getroffen sein. Gleichwohl betonte Larsen, daß nach seiner Ansicht noch kein Grund zu erster Besorgnis vorliege. Unmittelbar darauf wurde Larsen beauftragt, sich mit einem Wasserflugzeug in die Gegend nördlich von Bergen zu begeben, um mit dem Robbenjäger „Fritshof Hansen“ gemeinsam an den Nachforschungen nach dem U-Boot „Nautilus“ zu arbeiten. Larsen soll noch von einem zweiten Wasserflugzeug begleitet werden.

# Deutsches Motorschiff gestrandet

Passagiere geborgen. — Mannschaft bleibt auf dem Schiff.

Hamburg, 4. September.

Das Motorschiff „Burgeland“ der Hamburg-America-Linie ist am Freitagmorgen auf seiner Ostasienfahrt in der Nähe von Pokusa (Korea-Archipel) auf einen Felsen aufgelaufen. Auf keine drahllos ausgehenden Hilferufe sind mehrere Schiffe an die Unfallstelle abgegangen. Die Fahrgäste des Schiffes sind inzwischen von dem japanischen Dampfer „Baikal Maru“ übernommen worden und befinden sich auf dem Wege nach Moji (Japan). Die Mannschaft ist an Bord geblieben. Anscheinend besteht für das Schiff keine unmittelbare Gefahr. Nähere Einzelheiten liegen bei der Hapag noch nicht vor.

Das Motorschiff „Burgeland“ ist 7000 Bruttoregistertonnen groß und im Ostasienvorkehr beschäftigt. Es befindet sich auf der Fahrt von Tsingtau nach Nagoya. Die Strandungsstelle befindet sich auf 34,04 Grad nördlicher Breite und 126,1 Grad östlicher Länge.

# Ueberfall auf einen Geldbriefträger vereitelt.

Aufmaßlicher Täter auf der Flucht erschossen.

Hannover, 4. September.

In letzter Zeit wurden beim Postamt Linden mehrfach Postanweisungen über ganz geringe Beträge ausgegeben, doch waren die angeblichen Empfänger niemals zu ermitteln. Da der Verdacht bestand, daß die Geldbriefträger in eine Falle gelockt und beraubt werden sollten, wurde ein Geldbriefträger von Kriminal- und Postbeamten unauffällig begleitet. In der Nähe des Hauses, in dem die Zustellung erfolgen sollte, wurde ein Mann beobachtet, der verdächtig erschien und deshalb zur nächsten Polizeiwache gebracht werden sollte. Auf dem Wege dorthin flüchtete er. Da er trotz mehrmaligen Anrufes nicht stehen blieb, machte ein Kriminalbeamter schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Der zweite Schuß streifte den Flüchtenden tot zu Boden. Kurz vorher warf der Mann ein in Papier gewickeltes, etwa 40 Zentimeter langes Bleirohr, das an einem Ende mit einem Bleiring versehen war, vor sich. Offenbar war die Waffe für den Raubüberfall auf den Geldbriefträger bestimmt. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Getötete ein in Linden wohnender gewisser Kuchta, auch der Schreiber der fraglichen Postanweisungen.

# Rhein-Mosel-Fahrt wird durchgeführt.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, findet die für die Zeit vom 6. bis 13. September angekündigte Rhein-Mosel-Fahrt bestimmt statt. Die Kosten für die äußerst preiswerte Reise, die von Köln nach Mainz und die Mosel hinauf bis Trier führt, betragen einschließlich Eisenbahn- und Dampferfahrten, Uebernachtungen und volle Verpflegung sowie aller Nebenkosten nur 96 Mark bzw. 111,10 Mark bei Eisenbahnfahrt zweiter Klasse. Die Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Friedrichstraße und die bekannten Reisebüros nehmen noch Anmeldungen zu dieser Fahrt entgegen.

Am 12. bis 14. September veranstaltet die Reichsbahndirektion Berlin eine billige Wochenendfahrt nach Hamburg—Helgoland. Die Fahrt Berlin—Hamburg und zurück kostet einschließlich Abendessen und Uebernachtung in Hamburg nur

# Rätsel im Falle Strecker.

Wo hielt sich der Schriftsteller vor der Brandnacht auf?

Die Brandstiftung in Klein-Machnow gibt der Kriminalpolizei noch verschiedene Rätsel auf. Obgleich das gesamte bisherige Aktenmaterial der Staatsanwaltschaft in Potsdam übermittelt worden ist, geht die kriminalpolizeiliche Untersuchung mit aller Energie weiter. Vor allen Dingen will die Polizei auf die Spur des geheimnisvollen Helfershelfers kommen, denn schon jetzt scheint mit ziemlicher Sicherheit festzustehen, daß Dr. Karl Strecker nur der geistige Urheber des Verbrechens ist, die Tat selbst aber von dem noch unbekanntem Komplizen ausgeführt worden ist.

Wie bereits berichtet, hat ein Mann mehrere Tage vor dem Brande in einem Feuerwerkskörpergeschäft in der Wallstraße in Berlin Grünfäule gekauft. Dieses Grünfäule wird gewöhnlich zu Feuerwerkszwecken verwendet. Es kann zwar keine Explosion verursachen, trägt aber wesentlich dazu bei, daß mitangehäute Materialien schneller aufflammen. Die Tüten, in denen das Pulver gekauft war, wurden noch in der Villa in Klein-Machnow gefunden. Obgleich die Adresse des Geschäftes auf den Tüten angegeben war, gelang es der Polizei, die Firma zu ermitteln. In dem Geschäft sind mehrere Verkäuferinnen tätig, die sich jedoch auf den Verkauf des Pulvers mit Bestimmtheit nicht erinnern können. Im Verlauf der gestrigen Vernehmung des Beschuldigten durch Amtsgerichtsrat Dr. Eckartsberg, die nach dreistündigem Verhör mit der Herausgabe des Haftbefehls gegen Strecker endete, sind noch verschiedene Dinge ungeklärt geblieben. Für die Brandnacht selbst konnte Strecker ein einwandfreies Alibi beibringen, anders verhält es sich aber für die Zeit in der vorangegangenen Nacht. Die

erste Behauptung, er habe sich in der fraglichen Zeit auf einer Wanderung befunden, hat Strecker widerrufen. Auf die Vorkhaltungen des Untersuchungsrichters

behauptete Strecker, daß er in der fraglichen Nacht in Weimar die Bekanntschaft einer Frau gemacht und sich bei ihr aufgehalten habe.

Die Adresse der Betreffenden will er nicht kennen. Dieser Erzählung wird natürlich kein Glauben geschenkt. Sehr merkwürdig berühren außerdem die Feststellungen, die von einem Berliner Kriminalisten in dem Hotel in Weimar getroffen wurden, in dem Strecker gewohnt hat. Es geht daraus hervor, daß der Schriftsteller geradezu krampholt bemüht war, sich auf alle Fälle ein Alibi zu sichern. In der Nacht zu Donnerstag — früh gegen 5 Uhr, brach in der Villa in Klein-Machnow das Feuer aus — gab Strecker dem Oberkellner Anweisung, ihm noch einen Grog auf sein Zimmer zu bringen. Er betonte wiederholt, der Kellner möge sich dieser Bestimmung recht genau erinnern. Ein Verhören also, das zum mindesten mehr als ungewöhnlich zu bezeichnen ist. Ein weiterer Widerspruch ergab sich bei der Frage, wann Strecker von dem Brand erfahren habe. Er behauptete, daß er von dem Feuer in seinem Heim erst in der Zeitung am Freitag gelesen habe. Es ist aber ermittelt worden, daß Strecker schon am Donnerstag Briefe abgehandelt hatte, in denen von dem Brande die Rede war.

Die Kette des überaus belastenden Beweismaterials schließt sich immer enger um Strecker, vielleicht werden schon die nächsten Stunden volle Klarheit über die dunklen Vorgänge in der Klein-Machnow Villa bringen.

# Achtung, Parteigenossen!

Die KPD. hat wiederholt auf Plakaten für öffentliche Versammlungen die Berliner Partei, insbesondere den Genossen Künstler eingeladen.

Der Bezirksvorstand wird der Einladung der KPD. am Dienstag, dem 8. September, in der „Neuen Welt“, Hasenheide, Folge leisten.

Die KPD. hat die von uns gemachten Vorschläge angenommen.

Nach einem Referat und Korreferat von je 1½ Stunde findet eine Diskussion statt.

Das Korreferat hat der Genosse Künstler übernommen.

Redezeit für Diskussionsredner je 10 Minuten, und zwar dergestalt, daß je ein Vertreter der KPD. und ein Genosse von uns spricht. Unsere Diskussionsredner werden vom Bezirksvorstand benannt.

Die Redezeit für das Schlusswort beträgt für die Referenten je 20 Minuten.

Wir fordern unsere Genossen auf, die Versammlung frühzeitig zu besuchen. Wir erwarten von unseren Genossen strengste Ruhe und Disziplin.

Die Parteigenossen, die keinen Einlass finden, bitten wir, sich nicht auf der Straße aufzuhalten.

Den Anordnungen der Polizei ist willig Folge zu leisten.

Der Bezirksvorstand.

22. Markt: die Fahrt Berlin—Helgoland und zurück (ebenfalls einschließlich Abendessen und Uebernachtung) 32 Mark. Für den Aufenthalt auf Helgoland stehen fast vier Stunden zur Verfügung.

# 6 Tote bei einem Flugzeugzusammenstoß

Militärflugzeug stürzt in Zuschauermenge.

Rio de Janeiro, 4. September.

Ueber dem Marineflugplatz in der Nähe von Rio de Janeiro stießen zwei kürzlich von Italien gekaufte Wasserflugzeuge zusammen und stürzten ab. Es gab sechs Tote und zwölf Verletzte.

Fertara (Italien), 4. September.

Bei einer Luftparade stürzte ein Militärflugzeug infolge Geschwindigkeitsverlustes beim Start auf die Zuschauermenge. Hierbei wurden drei Personen getötet und mehrere schwer verletzt.

Selbstmord eines Polizeibeamten. In der Nacht zum Freitag hat sich im Keller der Schutzpolizistalierne in der Jägerallee zu Potsdam der Polizeiwachmeister Johannes Knopp mit seiner Dienstpistole erschossen. Die Gründe sind unbekannt.

# Wolkenbruch über Berlin.

Große Ueberschwemmung in allen Stadtteilen.

Das heftige Gewitter, das gestern abend über Berlin niederging, war von einem langanhaltenden wolkenbruchartigen Regen begleitet. Die Wassermassen fanden in den Gullis nicht genügend Abfluß und in den tiefer gelegenen Straßen fast sämtlicher Stadtteile kam es zu erheblichen Ueberschwemmungen. Zum Teil überfluteten die Wassermengen die Bürgersteige und drangen in Wohn- und Lagerkeller ein. Bis gegen Mitternacht wurde die Feuerwehr etwa 50 Mal alarmiert, um Hilfe zu leisten. Mehrere Brandbezirke mußten unter Ausnahmezustand verkehrt werden. Soweit bisher bekanntgeworden ist, sind außer einigen kalten Blitzeinschlägen nirgends Schäden verursacht worden.

# Zug entgleist durch Wolkenbruch

Ein Ort überschwemmt. — Kohlenzug umgestürzt.

Saarbrücken, 4. September.

Im oberen Saargebiet hat in der Gegend von Saarburg (Cöhringen) ein Wolkenbruch großen Schaden angerichtet. Ein großer Teil des Ortes Bethelmingen wurde unter Wasser gesetzt. In der Nähe von Bethelmingen unterstülpt die Wassermassen den Bahndamm, und als ein Kohlenzug von Saargemünd an der Stelle vorüberfuhr, rutschten die Erdmassen ab, wobei acht Wagen des Zuges den Bahndamm hinunterstürzten und sich überschlugen. Ein Bremser des Zuges wurde unter den Trümmern begraben und konnte erst nach stundenlangem Suchen als Leiche geborgen werden.

# Nazis wollen Volksfest stören.

Man schreibt uns:

In Germendorf bei Dranienburg findet am 6. September das traditionelle Erntefest statt, das stets sehr stark besucht wird. Für denselben Tag haben die Nazis nach Dranienburg eine große Kundgebung einberufen, an der der Berliner Motorsturm teilnimmt, und auf der Goebbels, Hinkel und Heermann sprechen sollen. Die Dranienburger Nazis erklären nun, daß sie am Sonntag auch auf dem Volksfest in Germendorf erscheinen würden, um für ihre „Idee“ zu werben. Wer die Werbemethoden der Nazis kennt, kann sich vorstellen, was sich am Sonntag in Germendorf ereignen wird. Wir machen die zuständigen Behörden, den Landrat des Kreises Niederbarnim und die Regierung in Potsdam auf die gefährliche Situation aufmerksam, damit Zwischenfälle von vornherein unterbunden werden.

Bei dieser Gelegenheit fragen wir das Provinzialschulkollegium und das Kultusministerium, wie lange sie dem Treiben der Nazis am Realgymnasium in Dranienburg noch zusehen wollen.

# Wintergarten.

Im Mittelpunkt des neuen Septemberprogramms des Wintergartens steht das Ballett der sechs ehemaligen Solisten der Staatsoper Elisabeth Grubbe, Genia Rilolajewa, Daisy Spies, Rolf Arco, Jens Keith und Rudolf Kötling, über deren Debut die Kritik an anderer Stelle zu Worte kommen wird. Hier nur so viel, daß sich von der ersten Tanzschöpfung „Beneiziana“ bis zum übermütig hingetollten Matrosenballett „Auf der Reeperbahn“ der Beifall ständig steigerte. Insgesamt ein rauschender großer Erfolg für diese prachtvollen jungen Künstler. Die packende Tanzschöpfung Mensch und Maschine ist etwas Besonderes für unsere künstlerisch strebende Arbeiterjugend. — Außerdem aber weist das Programm eine überraschende Fülle erstklassiger Nummern auf. Vor allen Dingen ist da eine ganze Kompanie herrlich gewachsener Athleten, die 12 Bratano — man möchte meinen, trotz des fremdländischen Namens sind es alle gute Deutsche — die einen großartigen Luftakt glanzvoll durchführen. Die Heltano Equilibristen übermühten die ungeheuren Schwierigkeiten ihrer Leistungen mit einer so unglaublich spielenden Grazie, daß dem Zuschauer beinahe mehr als den arbeitenden Artisten der Atem wegbleibt. Die beiden Follers, ein großer Dicker und ein ganz kleiner Schmalser, schwimmen alle Trübsal unserer Zeit für Minuten in dem Vadoran weg, den sie mit ihrer Ballettparodie entfesseln. Der Clown Pipifax, als Sturzkünstler unübertrefflich, bringt gleichfalls alle Wackmuskeln zum Wackeln. Sechs ungewöhnlich schön gewachsene Mädchen, die Sportgruppe des Erfinders des Rhönrades Otto Feik-Würzburg, bringen in Rhönrädern die vollkommenste bezaubernde Illusion des von aller Erdenklicher befreiten Schwabens und Weitiens durch den Raum zustande, während sich zwei männliche Partner in verwegener Akrobatik herortanzen.

# Mörder untereinander.

Wie es in der Hebbelstraße 20 zugeht / Mit Stehbierischen und Messern...

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen die Mörder vom Sturm 33 kamen u. a. höchst erbauliche Dinge über die beispiellosen Zustände im Nazilokal Hebbelstraße 20 zur Sprache.

Schlägereien der Nazis untereinander sind dort anscheinend an der Tagesordnung. Jedenfalls war es am Nordabend in der Razi-destille zu einer wüsten Prügelei gekommen, in deren Verlauf der Angeklagte Foyer, der jetzt das Unschuldsbann spielen will, seinen eigenen Parteifreund Friede — auch einer der Angeklagten — unter den Worten: „Vah los, sonst triegst du eins mit dem Messer!“ mit Erstickchen bedroht hat. Foyer, der jetzt den zeitweilig Verrückten mimt, erinnert sich an gar nichts mehr und kann nur angeben, daß er

in der Erregung „wilder als ein Tier“

sei. Bei dieser Massenschlägerei der im Blut- und Alkohorrausch befindlichen Hiltterkrieger kam es zu den turbulentesten Szenen; fortwährend flogen allzu „aufgeräumte“ Nazioten zur Abkühlung auf die Straße.

Foyer, Friede und vier andere „Necken“ tranken an diesem Abend nach eigener Befundung etwa 30 Liter Bier. Man muß

sich immerhin fragen, wer wohl diesen entarteten jungen Leuten das Geld zu derlei unmenschlichen Saufereien gibt?!

Als der Vorstehende meint, daß dieses Quantum doch ein wenig zu erheblich wäre, meint der Angeklagte Friede: „Ach, das ist doch wirklich nicht schlimm.“ Die Folgen des Alkoholkonsums zeigten sich in den seltsamsten „Späßen“:

So warf ein SA-Mann dem Foyer einen Stehbierisch an den Kopf.

Uebrigens belasteten sich die Angeklagten gegenseitig. Als Konrad Domnit — ein Neunzehnjähriger — so tun will, als ob er nichts gesehen und gehört hätte, ruft der Angeklagte Friede: „Mensch, du schwindelst ja! Du warst mitten drin!“ Auch Foyers kläglicher Versuch, sich zu entlasten, bricht wie ein Kartenhaus zusammen. Es wird nämlich

festgestellt, daß Foyer am Tage nach der Blutkat Bärenstiefel, Joppe, Dolch und Revolver beim Bier versteckt hat.

Erwähnt sei, daß das Berliner Goebbels-Blättchen Vorstehenden und Staatsanwalt, die beide mit vorbildlicher Objektivität ihres Amtes walten, aufs wüteste anpöbelt. Hier schimpft das schlechte Gewissen —!

# Immer noch keine kürzere Arbeitszeit?

## Die Reichsregierung hat endlich zu handeln. — Es geht nicht mehr so weiter!

Über 4 Millionen sind in Deutschland arbeitslos. Der größte Teil von ihnen hungert im wahren Sinne des Wortes. Viele Hunderttausende sind arbeitslos seit zwei, drei und vier Jahren. Der größte Teil der Jugend, der ausgeliefert hat, ist überhaupt noch nicht in volle Arbeit gekommen. Die Staatsleute müssen blind sein, die keine Bedrohung des Staatsgefüges aus einem solchen Zustand erwarten. Die Sozialistische Internationale hat in Wien die 40-Stunden-Woche gefordert, der Französischer Gewerkschaftskongress hat die 40-Stunden-Woche zum Programm erhoben.

### Längst hätte die Verkürzung der Arbeitszeit Wirklichkeit sein können.

Aber der gewaltige Rationalisierungsprozess hat in Deutschland dadurch sein volkswirtschaftliches Ziel verfehlt, daß die Unternehmer, geführt von den konkurrenzgeschädigten monopolistischen Kartellen, die Preisentwertung und Arbeitszeitverkürzung entsprechend der Kostenminderung unterlassen haben. Hier liegt die wichtigste Ursache der besonderen deutschen Wirtschaftskrise und der übermäßigen deutschen Arbeitslosigkeit.

Trotz des offensichtlichen Verschuldens der privatkapitalistischen deutschen Wirtschaftsführer sind die Gewerkschaften bereit, um die Arbeitslosigkeit endlich zu verringern, größtenteils ohne augenblicklichen Lohnausgleich, die 40-Stunden-Woche zum Programm zu erheben. Der Lohnausgleich kann erst in besseren Konjunktur- und Rentabilitätsverhältnissen wieder gesucht werden. Nur die beschränkten Scharfmacher der Unternehmertumsklasse, repräsentiert durch den Reich subventionierten Herrn von Borjg und durch Herrn Dr. Wägler für die durch Fehlinvestitionen festgefahrener monopolistischer Industrien glauben heute noch an den Segen der Lohn- und Gehaltsentwertung und der Drosselung der Staatsausgaben als Heilmittel für die deutsche Sonderkrise. Ein großer Teil der Unternehmer erblickt schon längst in der auf solche Weise erzeugten Kaufkraftdrosselung nur das Mittel zu neuer Kräfteverhäufung und steht auch, weil es nicht anders geht, der unterstützungsparenden Arbeitszeitverkürzung sympathisch gegenüber. Der christlich-gewerkschaftliche Reichsarbeitsminister Stegerwald aber hatte auf die klare Forderung der freien Gewerkschaften in Frankfurt nur sein Wenn und Aber, sein Einerseits—Andererseits, obwohl er durch eine Rotorordnung des Reiches zum selbständigen Handeln ermächtigt ist. Ohne die sofortige allgemeine Arbeitszeitverkürzung und entsprechende Neueinstellungen ist kein aufbauendes Wirtschaftsprogramm mehr möglich.

Wie ungeheuer die technischen Fortschritte und die Arbeits- und Kostenersparnisse seit 1924 in Deutschland gewesen sind, die bei weitem die Kosten der Lohnerrhöhungen überstiegen und die die Zeit für die Arbeitszeitverkürzung längst reif gemacht hätten, darüber müssen wir heute, so oft wir es auch schon getan haben, den

### Verantwortlichen in der Reichsregierung die Erinnerung aufrufen und das Gewissen stärken.

Wir werden es an Hand einer zusammenfassenden Darstellung tun, die wir einem in diesen Tagen im S. Fischer Verlag erscheinenden Werk von Carl Steuernann (Pseudonym), „Weltkrise — Weltwende, Dem Staatskapitalismus entgegen“ entnehmen.

**Braunkohle:** An Stelle von Baggern mit 125 bis 150 Kubikmeter Stundenleistung arbeiten jetzt Bagger mit 500 bis 550 Kubikmeter Stundenleistung, drei Mann bedienen ihn. Den Abtransport besorgen 16 gegen früher 46 Mann. Die Gleisräummaschine erledigt die Arbeit von 75 Mann; sie wird von drei Mann bedient.

**Steinkohle:** Im Jahre 1927 war im Ruhrgebiet gegenüber der Vorkriegszeit die Zahl der Abbauhämmer von 17 auf 638, die Zahl der Säulenschrämmaschinen von 294 auf 773, die Zahl der Bohrhämmer von 12 307 auf 39 779, die Zahl der Drehbohrmaschinen von 40 auf 2173, die Zahl der Schüttelrucksackmotoren von 2200 auf 8612 gestiegen. 1927 waren 87 Proz. der Kohlenförderung mechanisiert gegen 2 Proz. im Jahre 1913. Seit 1927 hat sich dieser Prozeß noch außerordentlich verstärkt. Die Verkokung erforderte bei einer Produktion von 700 bis 800 Tonnenn 1914 noch 30 bis 40 Mann. 1930 wird die doppelte Produktion an den entsprechenden Ofengruppen mit 5 Mann geleistet.

**Eisen-, Stahl- und Walzwerke:** In den neuen deutschen Hochofen wurden gegenüber 1913 dieselben 9200 Tonnenn Roheisen im Jahre 1930 in 2860 Wochen Betriebsdauer erzeugt gegenüber 7423 Wochen in der Vorkriegszeit. Die Leistung je Hochofen hat sich um 159 Proz., also auf das mehr als Zweieinhalbfache, erhöht. Bei einem Rückgang der Belegschaft um 19 Proz. ist eine Produktionssteigerung um 16 Proz. allgemein an den Hochofen festgestellt worden. In der Stahlerzeugung sind durch Verdoppelung der Kapazitäten bei Thomasbirnen und durch Verfüllung der Martinsofen enorme Produktionsbeschleunigungen und -verbilligungen erzielt worden. Die Thyssenhütte in Hamborn erzeugte früher 75 000 Tonnenn Stahl mit 10 000 Arbeitern und braucht jetzt für 170 000 Tonnenn, das ist das Zweieinhalbfache, nur 9900 Arbeiter. Der Förderverein brachte früher für 40 000 Tonnenn Stahl 9000 Arbeiter, heute sind für 85 000 bis 90 000 Tonnenn nur 5700 Arbeiter nötig. Bei dem Hüttenwerk im Düsseldorf-Bezirk wurde bei etwa gleicher Arbeiterzahl die Roheisenerzeugung von 1926 bis 1929 von 91 300 auf 159 725 Tonnenn, die Rohstahlerzeugung von 115 381 auf 186 924 Tonnenn erhöht. Im Walzwerk Aica stieg von 1924 bis 1928 die Leistung pro Kopf der Belegschaft um 100 Proz. Bereits 1927 gaben die Vereinigten Stahlwerke ihre Mehrproduktion bei gleicher Arbeiterzahl bei Koks mit 39,9, bei Roheisen mit 75,9, bei Rohstahl mit 84,4, bei Walzstahl mit 55,0 Proz. an.

**Die Verbreitung von Kraftmaschinen und Motoren:** Die deutsche Betriebsstatistik zeigt von 1907 bis 1926 in Deutschland eine Zunahme der Wind-, Wasser- und Dampfmaschinen von 8,26 auf 22,35 Millionen Pferdekräfte, ferner eine Zunahme der Elektromotoren von 2,06 auf 18,50 Millionen Pferdekräfte.

**Maschinenindustrie:** In der deutschen Maschinenindustrie stieg die Arbeitsproduktivität von 1924 bis 1927 um 45 Proz. Seitdem ist sie weiter, und zwar in noch stärkerem Verhältnis gestiegen. In der Motorenfabrik Deutz produzierte schon 1927 ein Arbeiter 62 Proz. mehr als 1914. Die Ersparnisse bei einem Kleinmotor betragen durch die Rationalisierung beim Lohn

40 Proz., und zwar trotz einer Lohnsteigerung von 28 Proz., und bei den Ankosten sogar 42 Proz. Im Borjgwerk Berlin erforderte das Abbrechen einer bestimmten Welle früher auf der Drehbank 28 Stunden; jetzt genügen auf der automatisch-n Schleifbank 2 Stunden. Die Kosten betragen früher 15,68 Mark, sie betragen jetzt 1,71 Mark einschließlich Abschreibung.

**Anderer Industrien:** Ein Emailierwerk in Kassel erhöhte durch Rationalisierung seine Produktionsleistung pro Arbeiter um 100 Proz., die Nähmaschinenfabrik von Halb u. Neu in Karlsruhe erhöhte sie um 60 bis 70 Proz. Die Thüringische Zement- und Pappenindustrie steigerte ihre Produktion um das Doppelte, ohne mehr Arbeiter einzustellen. Eine Chlorkaliumfabrik produzierte nach Entlassung von zwei Fünfteln ihrer Arbeiter ein Drittel mehr. Eine Gummiabfabrik stellte 30 Proz. der Belegschaft neu ein, erhöhte die Produktion aber um 300 Proz.

Die ungeheure Ausdehnung des Kraftfahrzeugverkehrs in Deutschland um mehr als das Einfache gegenüber der Vorkriegszeit ist nicht nur etwa ein Zeichen größerer Vergnügungs- und Sportwillens, sondern in erster Linie eine Kostenersparnis im Transportwesen. Die Sparleistung der Büromaschinen besonders in den Banken soll nur nebenbei erwähnt werden.

### Dieses ungeheuerliche Ausmaß der Rationalisierung auf allen Gebieten mußte massenhaft Arbeiter und Angestellte freisetzen. Und die Ersparnisse waren wirklich ungeheuer.

wie überall die Selbstfinanzierung bewiesen hat. Es hätte aber keinerlei strukturelle, d. h. dauernde Arbeitslosigkeit daraus entstehen brauchen, wenn man den Mehretrag der Arbeit rechtzeitig in Preisentwertungen, Arbeitszeitverkürzung und Lohn-

erhöhungen aufgelöst hätte. Aber mit dem Kapitalbildungsgeschrei der Unternehmer, das mit seinen reparationspolitischen Zielen ge- duldet wurde und schließlich auch der Steuerfurchen entsprang, volks- und privatwirtschaftlich aber völlig sinn- und grundlos war, hat man sich selbst, die Öffentlichkeit und die Regierung über die durch die Rationalisierung notwendig gewordene Wirtschafts- und Betriebspolitik getäuscht und betrogen. Weil man die Preisentwertung und die Arbeitszeitverkürzung unterließ, deshalb konnte man zu der fürchterlichen Ueberarbeitslosigkeit von heute und zu den Milliarden-schleitionen kommen, die der wirkliche und entscheidende Ausgangspunkt der ausländischen Vertrauenserschütterung geworden sind, worüber man seit dem 15. Mai nur die Londoner City und das Bankhaus Schröder in London zu befragen braucht.

Wollen uns der Reichszwangler Dr. Brüning, der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der stellvertretende Reichswirtschaftsminister Trendelenburg etwa ernsthaft glauben machen, daß sie diese Dinge anders ansehen als wir? Gewiß, die gesamten Wirtschaftsverhältnisse sind durch das Verlagen der Wirtschaftsführer und durch das Schleifenlassen der Staatszettel gegenüber den Finanz- und Industriekartellen heute so fürchterlich verfahren, daß man jetzt wahrscheinlich die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich einfach nicht mehr durch-führen kann. Aber können Herr Brüning, Herr Stegerwald, Herr Trendelenburg uns heute auch nur ein einziges stichhaltiges Argument für ihre beunruhigende Zurückhaltung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung angeben? Die Öffentlichkeit muß ja allmählich glauben, daß die Reichsregierung vor den Monopol-, Finanz- und Kartellherzogen, von denen sie sich beraten läßt, einfach nur Rotau macht.

## Kursverluste an der Börse.

Die ersten beiden Börsentage nach der siebenwöchigen Schließung der Wertpapiermärkte haben gezeigt, wie tief in Deutschland die Erschütterungen des kapitalistischen Systems infolge der Kreditwiran und Bankzusammenbrüche gehen. Nachstehend geben wir einen Überblick über die Kursveränderungen bei den bedeutendsten Aktienwerten und einigen Rentenwerten, die seit dem 1. Mai, dem 11. Juli — dem Tage vor der Schließung der Danabank —, bis zum geistigen Börsentag stattgefunden haben.

	1. Mai	11. Juli	3./4. Sept. 31
	Proj.	Proj.	Proj.
Siemens . . . . .	168,75	142	102
Harpener Bergbau . . . . .	67	54	40
Ver. Stahlwerke . . . . .	54,6	37	26
Nordd. Lloyd . . . . .	60	44	27,5
Rh. Westf. Electr. . . . .	129	102,75	78
J. G. Farben . . . . .	148	123,75	93
Deutsche Bank-Disconto . . . . .	104	100	74
8 Proz. Pr. Centr.-Boden 28 101		97,75	83—85
7 Proz. Dtsch. Reichsanl. 29 100,25		91,25	83,75

Bei diesem rapiden Vermögensschwund ist es nicht verwunderlich, daß jetzt auch ausgeprägte Unternehmerrgane die Totenglocken für das kapitalistische System läuten.

### Das gesamte Kapital verloren.

#### Edert-Lichtenberg nach der Zahlungseinstellung.

Die Lichtenberger Landmaschinenfabrik H. F. Edert, die Ende August ihre Zahlungen einstellte, verpfändet jetzt ihren Geschäftsabschluß für das letzte Betriebsjahr. Danach ist bei einem schon im Vorjahr entstandenen Verlust von rund 570 000 M. nunmehr das gesamte Kapital von 1,55 Millionen Mark verloren. Es wird ein gerichtliches Vergleichsverfahren zum Zweck der Liquidation des Unternehmens durchgeführt.

Nach dem Bericht des Vorstandes sind die Umsätze der Gesellschaft im Laufe der letzten Jahre katastrophal gesunken. Sie betrugen in der Vorkriegszeit etwa 7 Millionen Mark im Jahr, erreichten im Betriebsjahr 1928/1929 nur noch 4 Millionen, sanken 1929/1930 bis auf 2 Millionen, um 1930/1931 bis auf 1,2 Millionen zusammenzuschrumpfen. Der Jahresumsatz stellte sich also im letzten Betriebsjahr nur noch auf ein Sechstel der Vorkriegszeit.

### Expansion des Bata-Konzerns.

#### Sollen Kabel, Autoreifen, Autos und Flugzeuge von Bata hergestellt werden?

Der große schweizerische Schuhkonzern Bata, der vor einigen Monaten aus einem Privatunternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war, erhöhte dieser Tage das Aktienkapital, um mit zwei anderen schweizerischen Unternehmungen zu fusionieren. Hierdurch und durch einige weitere Interessenausdehnungen will der Konzern jetzt seine Interessen über die Schuhfabrikation und den Schuhverkauf hinaus auf andere industrielle Gebiete ausdehnen. Genannt werden die Herstellung und der Verkauf von Kabela, Fahrrad- und Autoreifen, sogar an die Herstellung von Automobilen und Flugzeugen soll gedacht werden. Diese Expansionsabsichten lassen darauf schließen, daß die ursprünglich beabsichtigte Ausdehnung des Schuhgeschäfts infolge der Krise auf Widerstand gestoßen ist. Die Bemühungen Batas, seine Schuhinteressen in Deutschland zu erweitern, sind bekanntlich gescheitert.

### Oesterreichs Wasserkräfte und Deutschland.

Dieser Tage wurde im Borsarberger Gebiet das Vermuntwerk in Betrieb genommen. Es ist eine große Anlage mit einer Leistung von 90 000 Kilowatt und soll jährlich eine Stromerzeugung von mehr als 180 Millionen Kilowattstunden haben. Dieses Kraftwerk wird vorläufig das größte Wasserkraftwerk Deutsch-Oesterreichs sein und wird nicht nur einige Oesterreichische, sondern auch schweizerische Gebiete und große Teile Deutschlands mit Strom versorgen. Ein Teil des erzeugten Stroms wird über die große 220 000 Volt-Leitung, die das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk errichtet hat, bis an den Niederrhein geführt werden.

Anderer Oesterreichische Wasserkraftpläne, die seit längerer Zeit er-mogen wurden, sind infolge der Krise nicht weiter verfolgt worden. Die erforderlichen Kapitalien für diese Projekte in Westtirol und im Tauerngebiet sind gegenwärtig um so schwieriger zu erlangen, als die Frage des Stromabfages der geplanten Werke ungeklärt ist. Da die neuen Wasserkraftausbaupläne darauf beruhen, daß Deutschland Jahr für Jahr einen großen Mehrbedarf an Elektrizität entwickelt, der Verbrauch in Deutschland aber stark zurückging, so ist natürlich die gesamte Rentabilitätsrechnung erschüttert worden.

## Kreuger in der Weltkrise.

### Scharfe Kursprünge nach unten. — Kreuger „berichtigt“.

In den letzten Tagen sind an verschiedenen europäischen Börsen die Börsenkurse der Kreuger-Werke so stark gesunken, daß zwar Kreuger sich veranlaßt gesehen hat, eine offizielle Mitteilung über die finanziellen Verhältnisse seines Konzerns zu geben. Er sagt, daß seine Gesellschaften im Grunde gesund seien, und gab auch Ziffern über die bisherigen Gewinne der wichtigsten Dachgesellschaft Kreuger u. Toll. Diese Gesellschaft hat nach seinen Angaben in der ersten Hälfte des Jahres einen Reingewinn von 59 Millionen Mark erzielt gegenüber 63 in der ersten Hälfte des Jahres 1930. Für das ganze Jahr 1931 schätzt er den wahrscheinlichen Reingewinn dieser Gesellschaft auf 103 Millionen Mark, während er im Jahre 1930 105 Millionen betragen hatte. Bisher seien alle Zins- und Tilgungszahlungen auf die Staatsanleihen, die die Kreuger u. Toll-Gesellschaft im Laufe der letzten Jahre vergeben hat, pünktlich eingelaufen; auch die Einnahmen aus den Beteiligungen an anderen Gesellschaften zeigen wohl vorläufig noch keine Abnahme.

Man kann es Herrn Kreuger glauben, daß in der Tat seinem Konzern bisher die Krise noch keinen großen Schaden zugefügt hat, denn schließlich ist kein kapitalistisches Unternehmen so raffiniert aufgebaut wie der Kreuger-Trust. Die Errichtung von Monopolen für Zündholzer in den verschiedensten Ländern und als Gegenleistung hierfür die Lieferung von Anleihen garantieren eine sichere Dauereinnahme, die kaum von der Konjunktur, höchstens von Staatsbankrotten beeinflusst wird. Der Zündholzverbrauch in der Krise ist kaum viel geringer als zu Zeiten der Hochkonjunktur. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo jeder Staat auf seinen Kredit halten muß, wird er an einer pünktlichen Erledigung der Auslandsverpflichtungen Interesse haben. Auch die Erwerbung der Ericsson-Kapitalmehrheit liegt auf gleichem Gebiet, denn der Telefonausbau und der Fernsprechebetrieb sind ebenfalls bisher von der Krise kaum betroffen worden.

Auf die Erklärung zwar Kreugers hin sind denn auch die Aktienkurse wieder nach oben gestiegen. In Genf hoben sich die Kurse der Kreuger u. Toll beispielsweise im Laufe eines einzigen Tages von 204 auf 386 Proz. Wenn überhaupt die Kurse der Aktien der drei Kreuger'schen Dachgesellschaften (Kreuger u. Toll, Schwedische Zündholzgesellschaft und International Match Corp.) einen starken Sturz erleben konnten, so zeigt das, wie groß das Mißtrauen internationaler Finanzkreise gegenüber der Zahlungsfähigkeit der europäischen und überseeischen Staaten gegenwärtig ist. Es charakterisiert die Schwere der internationalen Krise, daß selbst so machtvolle und an sich von der Konjunktur wenig beeinflusste Konzerne wie der von Jaar Kreuger in ihrem Kredit erschüttert werden.

### Neue Besen kehren gut.

#### Großreinemachen bei der Schröder-Bank.

Nach einer Bremer Meldung ist sämtlichen Direktoren und Prokuristen, die bei der Schröder-Bank einen Debetfaldo haben, von der neuen Bankleitung die Kündigung ausgeprochen worden.

Der Meldung nach zu urteilen, muß es sich um eine ganze Anzahl Direktoren und andere höhere Angestellte handeln, die mit den Geldern ihrer Bank „gearbeitet“ und ihr Konto stark überzogen haben. Der rasche Entschluß der neuen Bankleitung zu derart scharfem Durchgreifen ist offenbar von der Erkenntnis diktiert, daß diese nebenberufliche Tätigkeit der betreffenden Direktoren und Prokuristen von dem Zusammenbruch der Schröder-Bank nicht ohne weiteres zu trennen ist.

# C. P. Kiesgen: Mütter und Söhne

(Schluß)

Drei Tagen in Reserve folgten zweiundsechzig Todesstunden, und dann kamen zweiundsechzig Stunden Ruhe!

Es ist ein Rebellmorgen, und wir leben in der Wegebiegung auf zehn Schritt Adelsine und rufen in den Nebel: „Adelsine!“

Es stand ein Stein am Wege — — — das war nicht Adelsine! Die Tür zum Quartier stand auf. Bei armen Deuten stehen immer alle Türen auf.

Nebenan in der Stube hören wir ein Schnauzen und ein Kommandieren, und zur Antwort schlürfen Holzschuhe auf den rauen Dielen hin und her.

„Ehe wir unsere Lippen zum „Bonjour!“ bewegen können, fällt ein Feldgendarm den Rahmen der Stubentür. Wir reihen zögernd die Haken zusammen, und ein Kratzenherd kommt über uns.

„Sind während eure“ letzten Ruhebezüge fremde Personen hier in das Haus gekommen?“

„Zuher uns sind keine Fremden hier ein- und ausgegangen, Herr Wachmeister!“ antwortet ich und verneine dabei mit dem Kopfe, um die ängstlich hastenden Bauernleute über meine Antwort nicht im unklaren zu lassen.

„Sie sprechen doch französisch! — Haben Sie nicht etwas Verdächtiges in der Unterhaltung der Bauern untereinander gehört?“

„Non! — Rien du tout! — Verzeihung, Herr Wachmeister, Verdächtiges habe ich nie gehört!“

Er schrieb meinen Namen, vielleicht, weil ihm meine Sprachkenntnisse verständlich schienen.

Die Bauernleute mußten mit zur Kommandantur.

Die Granaten schlugen die Worte des Feldgendarmen gegen unser Trommelfell, und alles Denken quoll in unsern Adern zu den Hüften ...

Wir starrten einander an, die Gewehre klopfen — mit beiden Hüften gepackt — gegen die Wand, die Tornister knollten hin, daß die Riemen von den Rockschirren sprangen.

Ich rannte hinaus, irgendwo bei einem „Panjan“ zu erfahren, was die plötzliche Verhaftung der Familie zu bedeuten habe.

Mein dargebotene Tabaksbeutel dreht sich in einer glücklichen Bauernhand, und ich erfahre:

„Sie haben ihn gefangen! — Im Steinbruch, oben hinter der Höhe, hat ihn der Feldgendarm gefangen!“

„Was ...? — Wen gefangen?“

„Sie wissen nicht? — Den Sohn von Madame Ribot! — Das wissen Sie nicht? — Der Alte steckte gemächlich seine Pfeife an.

Die Deutschen haben vor einem Jahr alle militärischpflichtigen Leute einfach fortgeholt. Den Lucien auch, trotzdem er noch nicht achtzehn war. — Zum Rhein, in Kohlenruben — das ist „Deportation“! — Das ist schlimm! — Das ist Caganne! Und Lucien ist ausgerückt! — Sieben Wochen waren die Deutschen hinter ihm her. — Sieben Wochen, denken Sie! — Das ist eine lange Zeit! — Unter Waggons, zwischen den Ladungen, unter Zeltpfählen versteckt, sieben Wochen! — Seit acht Tagen trieb er sich hier in den Wäldern herum, sein Vater brachte ihm heimlich Essen hinauf in den Steinbruch. — Sie haben ihn nicht eher gekriegt, bis er gestern nacht in das Dorf kam, um seine Mutter zu sehen!“

„Und nun?“

„Heute in der Frühe wollte er zurück, da faßte ihn der Feldgendarm am Steinbruch! — Und nun — — — sie werden ihn erschießen!“

Dabei biß der Alte auf das Mundstück seiner Pfeife, als wollte er es mit seinen Zähnen zerbeißen.

Ich sah die Nachtigale auf der Treppe, das Schluchzen der Frau in der Nacht, der Korb und die Froschlentel! ...

Ruhig erwiderte ich dem Alten: „Man wird den Jungen nicht erschließen! — Der Feldgendarm erschließt ihn nicht und wenn man hier am Ort Befehl geben würde, dafür stehe ich, daß keiner meiner Kameraden schießen wird!“

„Qui vivra ... (Wer leben wird ...)“ knirschte der Alte.

„Vorra! (Wird leben!)“ lachte ich zurück.

Nachdem brachten die Bäuerin ohnmächtig aus der Kommandantur zurück ins Haus. Adelsine ließ zwischen den Menschen hin und her. Das Kind nied uns wie ein geflügeltes Kind.

Ein Sanitäter mußte kommen, und als die Frau erwachte, flatterte sie wie ein Vogel mit zerbrochenen Flügeln hin und her und schrie: „Mein Sohn! — Mein Kind! — Lucien! ... Man erschließt ihn! — Man erschließt ihn!“

Mit blanken Zähnen torfelte sie hin und her und riß sich in das Haar.

Beim Dunkelwerden kam der Bauer auch zurück.

„Maman! — Man erschließt ihn nicht! — Lucien kommt uns morgen früh für den ganzen Tag besuchen. Es ist nicht so schlimm! — Man hat ein Provisorium aufgenommen und Lucien hat morgen Urlaub.“

Die eine Erlösung gingen die Worte durch das Haus.

Der Qual der Mutter entfaltete alle Kraft, und der Freude entströmten alle Tränen bis zum letzten Tropfen.

Die Nacht löste das festgefesselte Haar der Bäuerin in Dubelgirlanden.

Nach einer Stunde waren Mutter Ribots Hände bis zu den Ellenbogen mehlfeststaubt und leigbeseht. Eine Leigtugel nach der anderen rollte und klatzte über den Tisch. Hin und her rannte die Bäuerin, vom Tisch zum Kamin, und legte vorsichtig, daß nicht ein Tropfen Fett verpörrigte, einen Würfel Schmalz nach dem anderen in die „Kasserolle“.

Wie sich zum Trommelfeuer die Granaten um Geschütze häufen, so fliegen in der Nacht die Kuchenberge in den Schüsseln hoch und höher.

In Kuchen duftete die Freude durch das ganze Haus, und bei der Laterne sah Vater Ribot unter der Treppe und rupfte die letzten Hüner für das Wiederleben.

Kein Soldat, aus Nacht und Wahnsinn in den Frieden seiner Heimat gewirbelt, zog glücklicher als Lucien ins Elternhaus.

Wieleicht entfehlen die seltenen Freudentage arme Bauern glühender!

Das Hallo und Geschrei hallte zu uns hinauf auf den Berg beim Geyzeren.

„Sprung auf! — Marschmarsch! — Sprung auf! — Marschmarsch!“

Auf den Steinen in den Feldmarken schlug der Wind die schwarzen Hollunderbeeren blutig, daß die Kerne wie Därme herausflogen und herumspitzten ...

„Sprung auf! Marschmarsch!“

Dem Felddienst folgten nachmittags Appells.

Stiefelappell!

Kodappell!

Gemehrappell!

In mir appellierte es, Lucien zu sprechen.

Beim Gewehrreinen kam Adelsine an der Hand des großen Bruders lachend mit einer Schüssel Kuchen zu uns herein.

Ich war erstaunt über die festen Augen in dem jungen Gesicht.

Die Kameraden fetteten die Käufe und Beschläge der Gewehre ein und legten auseinandergenommene Schloßteile Stück für Stück wieder zusammen.

Lucien sah dem Hantieren der Soldaten schweigend zu. Neben mir säuberten Leute die breiten Messer der Seitengewehre. Mir würgte das Geklirr der Waffen jedes Wort im Halse ab.

„Adelsine und die Mutter haben mir von Ihnen erzählt. Ich habe eine Bitte an Sie! Sagen Sie meinen Eltern, daß es nicht so schlimm ist in Deutschland. Sagen Sie, daß es mir gut gehen wird! — Sie glauben Ihnen mehr als mir!“

Dabei stonden ihm die Tränen in den Augen.

Ich gab ihm zur Erfrischung meine Hand.

„An den Grenzpfählen schlägt man unsere Schadel ein und sagt, es geht um Gott und Heimat! — Es geht um Kohle, Erz und Dinanden, die in den Dampfkammern der Parlamente und Akademien soviel giftiges Schlagwetter aufgespeichert haben, daß der offene Nord zum Gotteswunder wird! — Die Erde wird solange zittern, solange diese Sümpfe Fiebergilde locken!“

## A. Heratow:

# Ein distinguiertter Ausländer

Der junge Schauspieler Fedja hatte eine Tante, die sich im Ausland aufhielt. Voller sechs Jahre erhielt er von ihr keinen Brief, kein Schreiben, keine Nachricht. Eines schönen Tages kam unerwartet wie ein Blitz aus heilerem Himmel ein mächtiges Paket für Fedja an. Der Inhalt bestand aus einem Leberrod und einem weichen Hut.

Der Leberrod war nach der neuesten Mode: eng in der Taille, mit wattierten Schultern und mit einem Riegel im Rücken. Der Hut war breitkrempig und von mousgrauer Farbe.

Als Fedja Rod und Hut anlegte und vor den verstaubten Spiegel des Speisezimmers trat — — — prallte er zurück. Er erblickte einen lächelnden jungen Mann, der seiner ganzen Erscheinung nach unzweifelhaft ein distinguiertter Ausländer war. Solche Leute sieht man sonst nur in ausländischen Filmen, oder wenn man ihrer innerhalb Rußlands ansichtig wird, so handelt es sich ausschließlich um Industrielle, die sich um eine große Konzession bewerben.

Nachdem sich Fedja von seinem Erlaunen einigermaßen erholt hatte, beschloß er auszugehen. Klassischen Schrittes begab er sich auf den Korso. Mit einem Wohlgefühl fing er bewundernde Bemerkungen der Vorübergehenden auf. Vergessen waren die Mühen des täglichen Lebens, die unbezahligen Rechnungen und die lästigen Proben. Aus einem in der Nähe gelegenen Restaurant drangen die Klänge eines schmissigen Foxtrotts.

In bestem Laune betrat Fedja ein Herrenmodegeschäft. Der Chef und zwei Kommis eilten dem distinguiertten Ausländer entgegen. Ein beleidigter Käufer, dem man keine Beachtung mehr schenkte, verließ drummend den Laden. Fortan stand Fedja im Mittelpunkt des Interesses des Chefs, der Kommis und der drei Verkäuferinnen.

„Krägen, Krägen“, radebete „der distinguierte Ausländer“ und machte dabei mit dem Finger eine kräftige Bewegung um den Hals.

Alsobald türmten sich Berge von Krägen auf dem Verkaufstische. Sogar die Frau des Chefs kam aus einem rückwärts gelegenen Zimmer und brachte noch eine Schachtel mit Krägen.

Fedja betrachtete lange und eingehend die Ware. Sieben Augenpaare verfolgten aufmerksam und gespannt jede seiner Bewegungen.

„Neel!“ sagte der Käufer endlich. „Nur gut Krägen! In Europa nicht tragen so was! Dort Krägen labradonier!“

Der letzte Satz verstand Fedja selbst nicht. Der Chef jedoch sagte entschuldigend: „Aber, mein Herr, sehen Sie doch! Welch eine Warte! Geradezu herrlich!“

Die dicke Verkäuferin, die vor lauter Anstrengung schwitzte, bemühte sich, gebräunen zu sprechen, weil sie glaubte, daß sie auf diese Weise eher verstanden werde: „No money! Pas d'argent! Kein Geld! Wir — — — armes Land!“

Lange ging Fedja in den Straßen Moskaus spazieren. Er betrat zahlreiche Bäder, photographische Ateliers und ließ sich in Gramophongeschäften die neuesten Platten vorspielen. Schließlich kaufte er mit großartigen Gebärden in einer Apotheke ein Aspirin-pulver.

Gegen Abend war er müde und hungrig und stieg in die Tram-bahn, um nach Hause zu fahren.

## Dr. Christian Rodegg:

# Scribes gelehrigster Schüler

## Zum 100. Geburtstag von Sardou

Victorien Sardou war der letzte aus der stattlichen Reihe der Autoren, die dem französischen Theater des zweiten Kaiserreiches und der ersten Jahrzehnte der dritten Republik Glanz verleihten und sich die Weltbühne erobert haben. Wie Labiche, Augier und der jüngere Dumas war er der Erbe der tausend Künste des Hegen-meisters Scribe, die er noch zu übersteigern und im Sinne einer raffinierten Bühnenarithmetik zu einer summierten Theaterart zu verwerten mußte, die zwar nicht das Leben widerspiegelt, aber doch etwas gibt, was dem Leben täuschend ähnlich sieht. Keiner hat wohl auf dem Theater so überlegen Theater gespielt wie dieser größte Techniker, den die französischen Bühnen je gesehen hat. Ueberall spürte er Wirkungen und Bilder auf; beim Lesen einer Zeitungsnote, beim Anhören einer Anekdote stand vor seinem geistigen Auge sofort die Situation, die sich um das Grundthema herum auf die schlagkräftigste Wirkung aufspielte. Diese Fingigkeit im Aufspüren eines Stoffes und die erstaunliche Leichtigkeit der Gestaltung lassen es begreiflich erscheinen, daß es Sardou in einer fünfzig-jährigen Schaffensperiode auf 90 Bühnenstücke dringen konnte, ohne daß dieser Vielschreiber der Erfolg auch nur einmal versagt geblieben wäre.

Man hat Sardous Puppentheater, seinen künstlerischen Mechanismus, seine Spekulation auf das Sensationsbedürfnis und die Spannungsbegierde des großen Publikums mit Recht verspottet und ihn bestenfalls nur als ein Genie der Nacht gelassen wollen. Aber diese Vorwürfe beschränken sich im Grunde nur auf die eigentlichen Requisiteudramen und die leichten Reize aus der letzten Schaffensperiode, die mit ihren Tricks, mit ihrem schwindeleichen und sicheren Aufbau nur die ungeschickten Künste des Theaterrouliniers bewundern lassen. Aber wenn man Sardou gerecht beurteilen will, wird man von den trassen, in blühigen Parterren schwebenden Schauer-

Der Abendzug nach Chorkowitz ging planmäßig wie jeder andere Zug.

Hinter den roten Schlußlichtern sah ich die Schranken des Schwabens wie zwei Finger in die Höhe gehen!

Sier Wochen später kam das Regiment zerprengt und aufgeföhren aus der Front.

Adelsine ließ uns am Wegekreuz mit offenen Armen entgegen. Ein Brief von Lucien war angekommen. Die Buchstaben standen nicht feunm und schief wie die vergasteten Reste unserer Kompanie. Die Pflanzlinge in unkrautüberzogenen Reihen standen die Buchstaben in dem Brief. — Aus Magdeburg schrieb Lucien, in einer Zuckerfabrik lerne ihm ein einarmiger Ingenieur im Laboratorium die Chemie. Die letzten Deutschen mußten an die Front. Es ging ihm gut! — Ein großes, dickes Ausrufungszeichen stand bekräftigend dahinter.

Und eine deutsche Mutter, deren Söhne irgendwo in Frankreich lagen, gab ihm das Bett von ihrem Jüngsten.

Zum letzten Male schleppte Adelsine den Wasserkrug hinter das Haus.

Zum letzten Male zählte ich dem Kinde die weißen Stücke Zucker hin ...

Der Herbstwind jammerte über den Weg, und hinter uns legte Vater Ribot das Laub des milden Weins wie rote Spuren Blut von seiner Türe weg ...

Kaum hatte er den Waggon betreten, als er geradezu Futore machte. Mit größtem Interesse beobachteten sämtliche Passagiere, wie Fedja einen Fahrstuhl löste. „Acht Pfennig!“ schrie ein Student, der zeigen wollte, daß er deutsch versteht. Andere, weniger gebildete, hoben der Reihe nach die Finger ihrer Hände und zählten dabei laut bis acht. Im Waggon herrschte grenzenlose Aufregung. Einer erzählte dem neben ihm Sitzenden, sein Schwager wäre seinerzeit in Deutschland in Kriegsgefangenschaft gewesen und hätte dort gelernt, wie man Frankfurter Würstchen macht.

Da plötzlich schallte mitten durch die Atmosphäre der guten internationalen Beziehungen eine mächtige vereinzelte Stimme.

„Fedja!“ rief fröhlich der Schauspieler Butilkin und klopfte ihm auf die Schulter. „Du bist ja angezogen wie Lord Brummel!“

Ein bleikernes Schweigen trat ein. Sogar die Schaffnerin blieb wie versteinert stehen und vergaß, einem Passagier den Rest herauszugeben.

„Ich nig russisch verstehen“, murmelte Fedja erblickend. Der Schreck war ihm in die Glieder gefahren, und er klapperte mit den Zähnen. „Ich wirklich nicht verstehen!“

Butilkin schüttelte sich vor Lachen. „Na, Fedja, dich hat wohl das Schaf gebissen! Wie kann bloß ein vernünftiger Mensch dorthin gehen, wo einem Schafe beißen?“

Mit diesen Worten riß Butilkin seinem Freunde den Hut vom Kopfe.

Alle Passagiere waren starr vor Erstaunen.

„Was soll das?“ rief endlich einer. „Sie sind wohl toll geworden! Einem distinguiertten Ausländer reißt er den Hut vom Kopf! Wo bleibt denn die Intelligenz?“

„Eine wahre Affenshand!“ schrien andere. „Was werden die Deutschen von uns denken? Da kommt so'n feiner Mann zu uns, und Sie benehmen sich wie ein Rüpelt!“

Butilkin war wie vom Donner gerührt. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß der vornehme Fremde kein anderer als Fedja war, zumal da er eine Hofe Butilkins trug, die er ihm eine Woche früher geliehen hatte.

„So 'n Dumpl!“ dachte Butilkin. Dann kam ihm plötzlich, wie es immer zu sein pflegt, ein genialer Einfall. Nicht umsonst kannte er Fedja innen und außen.

„Der Rod sieht gut aus“, sagte Butilkin und befühlte mit den Fingern den Stoff. „Nur wird er nicht lange halten! Denn der Stoff besteht zu 90 Proz. aus Papier.“

„Gelogen!“ sprudelte Fedja mit reinstem Moskauer Akzent heroor. „Mindestens 45 Schafe haben die Wolle dazu geliefert.“

Zu spät erkannte Fedja, daß er aus der Rolle gefallen war ... „Hüligen!“ schrie ein dicker Bürger. „Gemeinheit!“ Von allen Seiten prasselte eine Flut von Schimpfwörtern auf Fedja nieder. „Hochtapler! Sie Niemand! ...“

Gelenkten Hauptes suchte sich der Entlarvte der Volksmasse durch die Flucht zu entziehen. Er stieg aus, Erregte Stimmen drangen an sein Ohr. Selbst der Laufjunge, der auf dem Trittbrett kauerte, sprang ab, um ihm noch einen Fußtritt zu verfehen ...

dramen absehen müssen, die, wie „Fedora“, „Tosca“ und „Theodora“ ein Spectaculum entrollen, das nur von der Darstellungskunst der Vertreterinnen der Titelrollen lebt, und dafür an die Zeit zurückdenken müssen, in der Sardou die feinsten Sitten-komödien schrieb, die ihn zumindest als den glänzendsten Kritiker der französischen Bühne kennzeichnen. „Nos Intimes“, „Rabagas“, „Cyprienne“, „Marquise“ und der „Septe Brie“, um nur einige der erfolgreichsten Komödien zu nennen, haben mit ihrem trefflicheren Witz, der Grazie und der geistreichen Ironie auch bei uns ihre Wirkung nicht verfehlt, und von der französischen Bühne werden die besten dieser Komödien nicht so bald verschwinden. Dazu steht in ihnen viel zu gutes Theater, das trotz dem veränderten Geschmack der Zeit seiner Wirkung sicher ist.

Sardou hatte sich als dreißigwanzigjähriger Student der Medizin vom Sezierisch zur Kullisse befehrt. Der Heiterkeitserfolg, den seine erste Tragödie fand, hatte ihn nicht entmutigt, sondern nur darüber belehrt, daß auf der französischen Bühne bei aller dramatischen Begabung ohne Technik kein Erfolg zu erringen sei. Diese Technik hat der junge Dramatiker dann in ständigem Verkehr mit dem Bühnenbetrieb und den großen Schauspielern seiner Zeit zu einer Virtuosität ausgebildet, die ihn zum Beherrsher des Theaters werden ließ. Im Bewußtsein seiner bühnentechnischen Unschickbarkeit wurde er im Verlauf seiner lauten Erfolge, die ja diese Unschickbarkeit nur bekräftigten, lässiger in der Sorge um die künstlerische Gestaltung. Er wollte schließlich nur mehr Schauspielers-tücke mit Bombenrollen schreiben, und wie gut ihm diese Absicht gelang, dafür ist seine unterhaltende „Madame Sans Gêne“ der beste Beweis. Sardou, der 77 Jahre alt wurde, starb am 8. November 1908; seine theatralische Sendung war damals freilich schon vorbei — er hatte sich selbst überlebt.

„Verstehes Erbe“. Zu unserem Artikel in Nr. 411 fügen wir ergänzend hinzu, daß die Bestimmungen nur dann rechts-gültig, also unanfechtbar sind, wenn erst Datum und Ortsangabe und dann der volle Name stehen.





## Beamte und Wirtschaftskrise. Große sozialdemokratische Beamtenkundgebung.

Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratie hatte am Freitag zu einer Beamtenkundgebung in den Kammerjahren aufgerufen. Reichstagsabgeordneter Kurt Heinig sprach in dem überfüllten Saal über das Thema „Die Beamten, die Staatseinnahmen und die Wirtschaftskrise“.

Er führte aus: Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates werden von vielen immer wieder auf dieselbe Ursache zurückgeführt: die Sozialdemokratie sei schuld. Verschlimmern sich die Zustände, so kommen meistens die Beamten noch als Schutzbuhnen hinzu. Durch Beamtenabbau, Beamtengehälterkürzung wollen die politischen Propheten der Neuzeit diese, wenn nicht alle Probleme lösen. Solchen Propheten laufen sogar große Beamtenstufen nach.

Es ist allerdings schwer, bei dem komplizierten Aufbau der heutigen Wirtschaft und des Staatslebens und bei der schnellen Veränderung der Lage immer den Ueberblick über die Gesamtsamenzusammenhänge zu behalten. Aber nur aus den Gesamtsamenzusammenhängen können die heutigen Erscheinungen erklärt werden. Die allgemeine Ursache für die heutige Wirtschaftskrise, für alle Staatsschwierigkeiten ist heute immer noch der Weltkrieg mit seinen Folgen. Durch den Weltkrieg hat Europa seine Stellung als industrielle Weltmacht für die ganze Welt verloren, und eine Weltindustrie, doppelt so groß wie die Industrie der Vorkriegszeit, ringt auf dem Weltmarkt um die Absatzmöglichkeiten. Das ist die Ursache der ungeheuren Verschärfung der Wirtschaftskrisen in der Nachkriegszeit.

Aber auch die Staatshaushalte aller kriegsführenden Länder, nicht bloß der besiegten, sind durch die Kriegsfolgen ungeheuer stark belastet. Nicht nur Deutschland zahlt Milliarden für die Kriegsveteranerversorgung, sondern England, Amerika, Frankreich und Italien zahlen dafür ähnliche und größere Summen. Deutschland trägt auch nicht allein Kriegsschulden. 51 Proz. der englischen Staatsausgaben werden nur für den Kriegsschuldendienst verwendet, die Vereinigten Staaten müssen Tilgungsraten für die Kriegsschulden bis 1945 zahlen. Dazu kommen bei den außerdeutschen Staaten noch die ständig wachsenden Rüstungsausgaben.

Das Kriegsschuldenjahr, das von Hoover vorgeschlagen wurde, war eine Notwendigkeit nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Die Sozialisten aller Länder haben schon vor zehn Jahren nicht nur den Aufschub der Zahlungen, sondern die Streichung aller Kriegsschulden gefordert. Kapitalistische Maßnahmen zur Wirtschaftsrettung bleiben eben immer halbe Maßnahmen und kommen noch dazu fünf Minuten nach Zwölf.

Die Frage, warum die Sozialisten, zumindest in Deutschland, nicht ihre Vorschläge verwirklicht haben, taucht immer wieder auf. Aber es wird dabei immer wieder vergessen, daß weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen Lande die Sozialisten die Mehrheit und damit die Macht jemals in Händen gehabt haben. Die Beamten selbst waren es ja zum Teil selbst, die der Sozialdemokratie in der Ausübung der Verwaltungsmacht die Hände gefesselt haben. Die Volksherrschaft breiter Beamtenschichten hat den Haß gegen sie erzeugt, und aus derselben Quelle bezieht die jetzt wiederauflebende Beamtenehe ihre Argumente.

Trotz der in Deutschland verschärfsten Krisennot ist im deutschen Etat das Gebiet der Sozialpolitik und der Beamtenrechte gegenüber allen anderen Ländern am weitesten ausgebaut. Gegen diesen Sozialetat, gegen die Beamtenrechte rennt die Reaktion an, und sie wird dabei von einem Teil der Beamten unterstützt. Keine der reaktionären Richtungen weiß aber, wie sie die Konjunkturgebundenheit des deutschen Reichsetats, die nicht nur auf der Ausgabenseite besteht, anders meistern soll, als es durch die Sozialdemokratie vorgeschlagen wird.

Die Sozialdemokratie will in diesem Kampfe klare Fronten schaffen, und sie appelliert dabei an die Hilfe der Beamten, die politisch und gesellschaftlich in die gemeinsame Front aller Werktätigen gehören. Diese gemeinsame Front aller Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Führung der Sozialdemokratie zu schaffen, ist die Aufgabe jedes denkenden Beamten!

Besondere Zustimmung fand der Redner bei seiner wichtigen Abfertigung einiger gegnerischer Zwischenrufer. Die Kundgebung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

## Der Fall Fenner Broadway. Eine berechtigte Maßnahme.

In der Freitagmorgenausgabe des „Vorwärts“ haben wir über die Herrenhausversammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte, in der der englische Abgeordnete Fenner-Broadway über die englische Regierungskrise sprach, berichtet und dabei erwähnt, daß der Versammlungsleiter Ernst Toller sich eine ungläubige Beschimpfung gegen den Bezirksvorstand der Berliner Sozialdemokratie geleistet hat. Er verlas nämlich einen Brief, den der 2. Vorsitzende der Berliner SPD, Krehmann, an Fenner-Broadway gerichtet hatte, um ihm mitzuteilen, daß der Berliner Bezirksvorstand der SPD gegen die Absicht der SPD, Fenner-Broadway als Redner auf einer Berliner Jugendkundgebung aufzutreten zu lassen, Einspruch erhoben habe. Da nun Fenner-Broadway kürzlich in Polen gesprochen hatte, bezeichnete Toller den Berliner Bezirksvorstand als „pilsniskischer denn Pilsnisk!“.

Es fällt uns nicht ein, mit dem Dichter Ernst Toller über politische Dinge zu diskutieren. Seine politischen Werturteile interessieren uns nicht. Notwendig erscheint uns lediglich, die Gründe klarzustellen, die den Berliner Bezirksvorstand zu seiner Stellungnahme veranlaßt haben. Fenner-Broadway ist einer der Führer jener Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die in schärfster Opposition zur Labour-Party steht und vor wiederholten Disziplinbrüchen gegen sie nicht zurückgeschreckt ist. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat übrigens, seitdem sie diesen linksradikalen Kurs eingeschlagen hat und eine Art Ersatz für die in England fast fehlende kommunistische Bewegung bildet, an politischer Bedeutung stark verloren. Gerade Fenner-Broadway hat in den letzten Jahren trotz eindringlicher Warnungen des Sekretariats und der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale an verschiedenen Kongressen teilgenommen, die unter Wüstenbergs Regie von Deorganisationen der Kommunistischen Internationale veranstaltet wurden. Die Redner seiner Partei haben sich erst vor wenigen Wochen auf dem Wiener Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale über die deutsche Sozialdemokratie in einer Weise geäußert, die bei der erdrückenden Mehrheit des Kongresses helle Empörung auslöste und ihnen eine vernichtende Abfuhr durch Otto Bauer in seinem Schlußwort eingebracht hat.

Nach alledem hatte die Berliner Sozialdemokratie alle Berechtigungen, gegen das Auftreten Fenner-Broadways in einer Versammlung der Berliner Arbeiterjugend Einspruch zu erheben.

Vor allem aber gebieten es die Regeln der internationalen Zusammenarbeit, daß die Partei sich nicht aus-

## Die „harmlosen“ Naziheime.



„— und wenn die Polizei kommt, singen wir ein frommes Lied.“

## Kundgebung der Freidenker. Für die Freiheit des Geistes.

Der Internationale Freidenker-Kongress, der von Sonnabend bis Dienstag in Berlin tagt, fand eine großartige Einleitung durch die öffentliche Kundgebung, die unter dem Zeichen internationalen Kampfes gegen Kulturfaschismus gestern in der „Neuen Welt“ stattfand. Da der große Saal die Massen nicht faßte, mußte eine Parallelversammlung veranstaltet werden, die gleichfalls überfüllt war. Der Grundton aller Reden ging dahin, eine Vereinigung der sogenannten Brüsseler Internationale und der Internationale proletarischer Freidenker nach besten Kräften herbeiführen zu wollen.

Ein wichtiger, von Leidenschaft getragener und in volkstümlichem Tone gehaltener Sprechchor von Bruno Schönlan, „Die Jugend grüßt den Weltkongress“, bei dem Arbeiterpartei, Arbeiterjugend, Kinderfreunde, Sprech- und Bewegungsschar, Arbeiterfänger, die Jugendgruppe im Deutschen Freidenkerverband, der freie Körperkulturkreis Kreuzberg und das Doppelquartett der Freidenker in prächtiger Zusammenarbeit mitwirkten, bildeten den wohlgeklungenen Auftakt. Dann rezitierte, befeuert durch sein mitreißendes Temperament, Alfred Beierls Verse der Freiheit. Ein Wald von roten Fahnen umrahmte die Bühne, rotes Tuch schmückte den Saal.

Als erster Redner sprach Fritz Schmidt-Berlin: Zwei Internationale tagen, beide streben nach einer Einigung. Aber wenn wir hier alle die Sportler, die Jugend, die Sänger die Künstler zusammenwirken sehen, dann wissen wir, daß der freie Gedanke im Vormarsch ist und jeden Kampf siegreich bestehen wird. Beten gibt kein Brot, und der Himmel hilft nicht. Wir müssen uns selber helfen, damit wir siegreich sind. Vereinigen wir uns zum Kampfe gegen die Reaktion jeder Art, schaffen wir die Einheit aller vom Gedanken der Freiheit getragenen Elemente.

Der Präsident der Freidenker-Internationalen, Teroogne-Belgien, betonte, welche Stützung im Kampfe für die ausländischen Genossen das wundervolle Schauspiel gewesen sei, das sie eben mit künstlerischem und proletarischem Empfinden genossen hätten. Er fuhr fort: „Unsere beiden Völker haben sich zerfleischt, sie müssen sich vereinigen. Der freie Geist bereitet diese Zukunft vor im Kampf gegen Kapital und Kirche. Unser Kampf muß positiv sein, unsere beiden Internationale müssen sich verbrüderern.“

Prof. Hartwig-Idchhoffolomatei sprach von dem Ausnahmegelehrten, das in Deutschland gegen die Freidenker bestünde. Er wolle den Reichsinnenminister Birck beruhigen, kein Freidenker denke daran, die Gläubigen aus der Kirche herauszuholen, nein, man wolle nur

die gewinnen, die nicht mehr glauben, aber doch noch in der Kirche sind. Können die Kirche nicht froh sein, wenn man ihr diese ungläubigen Glieder entzöge? (Heitere Zustimmung.) Ich grüße euch mit dem Worte: Freiheit!

Konrad-Oesterreich betonte den schweren Kampf, den gerade sein Heimatland gegen die kulturelle Reaktion durchzuführen habe. Bei der Frage der Abänderung des völlig veralteten Ehegesetzes habe sich die Regierung an den päpstlichen Stuhl gewandt, ob es ja auch erlaubt sei, das Gesetz zu ändern. Alle, in deren Hirne die Sonne hineingeleuchtet hat und deren Hirnkasten einmal ausgekehrt wurde, müssen sich vereinigen. Brot ist Freiheit, Freiheit Brot, und Freiheit ist auch geistiges Brot!

Noel-Frankreich betonte die Notwendigkeit der Durchsetzung des Laienunterrichtes in allen Ländern. Es muß dem freien Gedanken zum Siege verholfen werden, damit die Menschen aller Rassen und aller Nationen die neuen großen Ziele der Zukunft verwirklichen können.

Chapman-England legte dar, es sei falsch, den Kampf der Engländer für Freidenkertum als leicht anzusehen. Die Skerikalen sind hier nicht die offenen Feinde wie in anderen Ländern, aber sie kontrollieren unter der Hand die Presse und beeinflussen die ökonomische Lage der einzelnen. Kampf der Freidenker muß auch Kampf für Sozialreform und Besserung der Lebenshaltung sein. (Unhaltender Beifall.) Die Vergangenheit des Freidenkertums weist auf Ströme vergossenen Blutes. Sorgen wir in zäher Kleinarbeit dafür, daß Haus und Familie und damit die Zukunft uns gehört.

Hooving-Holland verglich die christliche Liebe der Kirche, die nichts kostet, mit sozialistischer Solidarität. Der freie Gedanke allein, der auf wahrer Sittlichkeit gegründet ist, weist in die Zukunft. Das Wort des großen holländischen Freidenkers Spinoza, daß wir nichts für uns wünschen dürfen, was wir nicht auch den anderen wünschen, muß uns leiten sein. Wir Holländer, die wir gleichzeitig Weltbürger sind, erstreben den Einheitsgedanken der Freidenkerbewegung.

Fräulein Parodon-Belgien, die Sekretärin der Freidenker-Internationalen, überbrachte besondere Grüße der freidenkenden Frauen und appellierte in wirkungsvollen Worten an den Geist des Friedens und der Freiheit.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale schloß die imposante Kundgebung.

ländische Referenten einlädt, von denen zu befürchten ist, daß sie eine Bruderpartei, nämlich die englische Arbeiterpartei, herunterreißen werden.

Nach seinen eigenen Bekundungen hatte der Verfasser des Briefes an Fenner-Broadway sein Schreiben ausdrücklich als persönlich und vertraulich bezeichnet. Das hat Fenner-Broadway nicht daran gehindert, den Brief einerseits dem Versammlungsleiter Ernst Toller, andererseits der bürgerlichen englischen Reuters-Agentur zwecks Weiterverbreitung zu übergeben. Allein dieses Vorgehen beweist, wie recht die Berliner Bezirksleitung mit ihrem Einspruch hatte.

Am übrigen hat am Freitagabend eine Sitzung der Berliner Kreisleiter stattgefunden, die das Verhalten des Bezirksvorstandes und besonders des Genossen Franz Künzler in dieser Angelegenheit rückhaltlos bekräftigt, dagegen das eigenmächtige Vorgehen des Briefschreibers Krehmann entschieden verurteilt hat.

## Matrosensieg in Chile. Regierung muß nachgeben.

New York, 4. September.

Es scheint, daß es der Regierung gelungen ist, eine grundsätzliche Einigung mit den ausländischen Matrosen zu erzielen. Der die Verhandlungen führende Admiral hat die Bedingungen der Rebellen der Regierung unterbreitet. Die Regierung soll erklärt haben, daß sie den bisherigen Sold weiterzahlen und von Bestrafungen wegen der Meuterei absehen wird. Das Ende der Meuterei ist in greifbarer Nähe gerückt, falls nicht die Regierung in letzter Stunde sich darauf versteift, von den Rebellen bedingungslos Unterwerfung

zu fordern. Die Lage der Regierung ist jedoch nicht gerade günstig. Das Fliegerkorps hatte sich geweigert, die Schiffe der Rebellen mit Bomben zu besetzen. Gestern ist über das ganze Land der Belagerungszustand verhängt.

## USA-Kapitalinteresse.

New York, 4. September.

Ungeachtet der Erklärungen der chilenischen Regierung, daß die baldige Beendigung der Flottenmeuterei und der sonstigen Unruhen bevorstehe, beschäftigen sich die Morgenblätter weiter sehr eingehend mit der Möglichkeit der Ausbreitung der revolutionären Bewegung. Die Zeitungen weisen dabei auf die großen Investitionen amerikanischen Kapitals in Chile hin. Nach einem Bericht der „New York Times“ hat die Armee bisher jede Aufforderung, sich dem Aufstand der Flotte anzuschließen, abgelehnt. Die Ausländer haben Selbstschutzmaßnahmen getroffen.

## Unruhen auch in Ecuador.

New York, 4. September.

„Associated Press“ meldet aus Guayaquil, dem Hafen von Ecuador, daß dort fortgesetzt kommunistische Unruhen vor sich gehen. Die Unruhen begannen unmittelbar nach Demonstrationen gegen das ausländische Zündholz-Monopol.

Waffenfunde bei Kommunisten. Auf Grund verschiedener Verdachtsmomente unternahm am Freitag in dem Bergarbeiterstädtchen Sandersleben Schutzpolizisten aus Bernburg eine Durchsuchung zahlreicher von Kommunisten bewohnter Häuser. Es wurden rund 20 Militär- und Jagdgewehre, zahlreiche Revolver und Pistolen sowie mehrere 100 Schußmunition und verschiedene Hand- und Stichwaffen gefunden und beschlagnahmt.

# Ausflug in Frankfurt.

## Ein Kampf an die Arbeiter.

Frankfurt a. M., 4. September. (Eigenbericht.)

Theodor Leipart dankte für die Wiedergewählten und für seine Person für das ausgesprochene Vertrauen. Von den befohlenen Vorstandsmitgliedern sind unser Senior Alexander Knoll und unser Finanzminister Hermann Kube ausgeschieden. Sie treten zurück, weil beide schon das 65. Lebensjahr erreicht haben und jüngeren Kräften Platz machen wollen. Auch Hermann Müller, der bis zum nächsten Kongress die Altersgrenze überschritten haben würde, ist ausgeschieden. Auch ich wäre bereit auszuscheiden, jedesmal aber, wenn ich darauf zu sprechen komme, hat man mich stets in der Rede unterbrochen und gesagt, daran sei nicht zu denken. Die Arbeiten des Bundes wachsen. Eine Erweiterung des Büros ist dringend notwendig. Wir können auch nicht mehr leisten als der Tag Arbeitsstunden hat. Von den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern nehmen wir noch nicht Abschied. Wir hoffen, daß sie uns noch recht lange mit ihrem Rat zur Seite stehen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung weiß den Scheidenden Dank für ihre rastlose Arbeit und Hingebung an die Sache der Arbeiter. — Der Kongress erhebt sich und zollt den Scheidenden minutenlangen Applaus.

Ueber Anträge zu den Bundesjahren sowie sonstige Anträge berichtete Reichel für die Antragskommission. Die meisten Anträge gelten als erledigt oder zurückgezogen oder sie werden dem Bundesvorstand als Material zur Berücksichtigung überwiesen. Darunter befindet sich auch ein Antrag des Hauptvorstandes der Metallarbeiter, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage „Frauenarbeit und Gewerkschaften“ zu setzen. Ein Antrag der Berliner Metallarbeiter, allen Zeitungen des ADGB zu verbieten, Inserate privatkapitalistischer Versicherungsgesellschaften aufzunehmen, wurde als erledigt erklärt, weil sich das von selbst versteht. Ebenso ging es einem Antrag des Metallarbeiterverbandes des Stuttgart, wonach der Kongress die Arbeiterschaft auffordern soll, sich den Konjunktionsgesellschaften anzuschließen und nur dort ihren Bedarf zu decken. In einer besonderen Entschließung lehnt der Kongress alle Bestrebungen ab, die auf die Herausnahme der Heimarbeiterschaft aus der Arbeitslosenversicherung gerichtet sind. Er fordert die

**Einbeziehung der Heimarbeiter in die Arbeitslosenversicherung und verlangt die Wiederherstellung des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf Unterhaltung der erwerbslosen Jugendlichen und verheirateten weiblichen Arbeitnehmer.**

Damit war die Arbeit des Kongresses abgeschlossen.

Ullrich Brandes schloß den Kongress mit einem erfrischenden, anfeuernden Aufruf an die Arbeiter unter der Führung der Gewerkschaften, mit kühler Ueberlegenheit und heißem Herzen den Kampf gegen den Kapitalismus mit neuer Kraft aufzunehmen. Der Kongress — so erklärte Brandes — hat mit seltener Einmütigkeit seine Beschlüsse gefaßt. Wir dürfen stolz sein auf die Arbeit. Herzlichen Dank allen denen, die diese Arbeit ermöglichten. Nachdem er der Presse, soweit sie objektiv über die Verhandlungen des Kongresses berichtete, gedankt hat, nimmt Brandes mit einem Wort auch Stellung zu den häßlichen Bemerkungen, die sich die „D.A.Z.“ zu Beginn der Verhandlungen am vorigen Sonntag geleistet hat. Das Blatt der Schwerindustrie fragte, warum die Solidarität der Arbeiter nicht den Verfall der Vertrag verhindert habe? Die organisierte Arbeiterschaft, so betonte Brandes gegenüber dieser Diktissherei, hat an diesem Vertrag wahrhaftig keine Schuld.

**Die Schuldigen sind die Leute, die zum Kriege hetzten und während des Krieges Friedensverträge wie den von Brest-Litowsk fabrizierten und bejubelten und so die Formeln für den Verfall der Vertrag lieferten.**

Diese Herrschaften haben kein Recht zur Beschwerde. Wir haben ein Recht, gegen den Verfall der Vertrag zu protestieren und zu kämpfen. Im übrigen war der Wiener Kongress der Arbeiter-Internationale eine einzige Solidaritätsbezeugung für die deutschen Arbeiter. In Wien haben die Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen Internationale betont, daß die Kriegsschuldverpflichtungen und die Reparationen beseitigt werden müssen. Bei der Erhebung dieser Forderung kam ihnen die Tatsache zu Hilfe, daß die Krise, die heute in allen Ländern wütet, kaum einen Unterschied macht zwischen Siegern und Besiegten.

Wir haben hier auf dem Kongress Anklage erhoben gegen die kapitalistische Wirtschaftsführung. Die Schuldigen wollen die Volksmassen verwirren. Daher das Geschrei der kapitalistischen Presse über „marxistische Mißwirtschaft“.

**Der Kongress hat dieses betrübliche Spiel zertrissen und die Schuld der kapitalistischen Wirtschaftsführer schonungslos aufgedeckt, desgleichen die Schuld der Regierung, die es nicht wagt, ernsthaft gegen die kapitalistische Mißwirtschaft vorzugehen.**

Wir stehen vor einem Winter, der noch schlimmer zu werden droht, als die Winter der letzten Jahre. Rückwärtslos wirft der Kapitalismus Menschen auf die Straße. Die Zeiten sind schwer und die Gewerkschaften können in diesen Zeiten keine Riesenerfolge buchen. Sie müssen sogar einige Positionen aufgeben, einige Schützengräben räumen. Sie haben aber trotzdem Leistungen aufzuweisen, die erst eine spätere Zeit gebührend würdigen wird. Den Arbeitern zu helfen, ist unsere Aufgabe. Daß wir bei dieser Hilfsleistung unermüdet an der Arbeit sind, hat der Geschäftsbericht Leiparts in die Erinnerung gerufen. Die Attentate gegen die Existenz der Arbeiterschaft abzuwehren, werden wir nicht müde werden. Schon deshalb nicht, weil

**die Welt allmählich reis geworden ist für eine Umwandlung der Gesellschaft und der Wirtschaft.**

Um in diesen Umwandlungsprozess erfolgreich eingreifen zu können, dringen die Gewerkschaften immer tiefer in alle Gebiete des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens im Kampf der Geister ein. Der Verlauf dieser Konferenz ist ein deutlicher Beweis dafür.

Wir müssen unsern Kampf mit Kaltblütigkeit und Ueberlegenheit führen. Mit der Forderung, die Tolerierung der Brüning-Regierung einzustellen, ist es noch nicht getan. Ein Sturz der Regierung wäre für uns sehr leicht, aber wir wollen nicht die Arbeiter in noch tieferes Elend hinunterstürzen. Wir erwarten jedoch von der Regierung, daß sie aus unserem Verantwortungsbewußtsein keine falschen Schlüsse zieht. Sie soll nicht denken, daß sie der Arbeiterschaft nun noch mehr Lasten aufbürden kann. Wir warnen dringend, wir warnen, die offenkundigen Ungerechtigkeiten der Rotmaßnahmen bestehen zu lassen.

**In ihren schweren Kämpfen sind die Gewerkschaften noch fester mit der Partei, mit der Sozialdemokratie verbunden worden.**

Wenn die Kommunisten glaubten, daß sie uns deswegen am Zeug flicken können, so haben sie sich schwer geirrt. Ihr Versuch, die

Gewerkschaften zu erobern, ist fehlgeschlagen, und ebenso ihr Versuch, die Gewerkschaft von außer her zu zerstören. Die Ausichtslosigkeit, an die Gewerkschaften und an die Partei heranzukommen, hat sie bereits zum offenen Klassenverrat gebracht. So beim Volksentscheid in Preußen, wo sie mit den notorischen Feinden der Arbeiter gemeinsame Sache machten. Auch der Versuch der Nazis, in unsere Reihen einzubrechen, ist mißlungen.

Der Kongress war ein Hammer, mit dem neue Waffen geschmiedet wurden, damit unser Kampf gegen Lohnabbau für den Ausbau des Arbeitsrechts und Arbeiterschutzes, für Verkürzung der Arbeitszeit und für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, für die Erhaltung der Sozialversicherung und für die Befreiung der Gemeinden von den unerträglichen Belastungen mit Nachdruck fortgesetzt werden kann. Wie notwendig der Arbeiterschutz ist, zeigt das soeben gemeldete Unglück bei der UEG in Berlin, wo mehr als 20 Arbeiter schwer verletzt wurden. Das Arbeitsvolumen muß auf alle Arbeiter verteilt werden, denn jeder hat ein Recht zum Leben. Gegenüber Verwundeten, dem Arbeiter das Dach über dem Kopf wegzunehmen, wird es nur heißen: Hände weg vom Arbeiterschutz!

Der Kongress ist ein Hammer gewesen. Sein Donnern soll die Arbeiter aufrütteln. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

## Einigung bei der Brauerei Groterjan.

### Die 40-Stunden-Woche wird eingehalten.

Bezugnehmend auf den in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 29. August 1931 über die Brauerei Groterjan erschienenen Artikel teilen wir mit, daß die Differenzen betreffend Einhaltung der 40-Stunden-Woche durch Verhandlung im Beisein eines Vertreters der Arbeitgeberorganisation wie der Arbeitnehmerorganisation mit Erfolg beigelegt worden ist.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Berlin.

Gesamverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.

Anmerkung der Redaktion: Wir begrüßen die Beilegung des Konflikts. Sein Ausgang zeigt, daß auch in Zeiten der Krise gewisse Grenzen nicht überschritten werden dürfen. Bei der Firma Groterjan wird also künftig die 40-Stunden-Woche eingehalten. Wir hoffen, daß dies auch bei den Brauereien der Fall sein wird, wo man es bisher mit der Einhaltung der Vereinbarung nicht sehr genau genommen hat.

## Kein Streik im belgischen Bergbau.

### Vorläufige Vereinbarung.

Brüssel, 4. September. (Eigenbericht.)

Die Gefahr eines Generalstreiks im belgischen Kohlenbergbau ist zunächst abgewendet. In der am Freitag nachmittag von der Regierung anberaumten Sitzung der paritätischen Kohlenkommission erklärten sich die Zehntausende schließlich bereit, die von ihnen ausgesprochene Kündigung der Tarifverträge bis zum 1. Oktober zurückzunehmen. Während dieser Wagnisfrist wollen die Arbeitgeber feststellen, welche praktischen Ergebnisse die mit dem belgischen Kohlenindustriellen geführten Verhandlungen und die Einführung von Einfuhrzöllen für ausländische Kohle vom Gesichtspunkt der belgischen Kohlenindustriellen bringen wird. Infolge dieses Beschlusses hat auch die Leitung des Bergarbeiterverbandes die für den nächsten Sonntag anberaumte Urabstimmung der Bergarbeiter über die Proklamierung des Generalstreiks bis auf weiteres vertagt.

## Oesterreichs Gewerkschaften 1930.

### Die Wirkungen der Krise.

Für die österreichischen freien Gewerkschaften war das Krisenjahr 1930 ebenso ein Hemmschuh wie für die deutschen Bruderorganisationen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes war in den letzten drei Jahren in Oesterreich fast die gleiche wie bei uns. 186 723 Arbeitsjunge Ende 1928, ausgangs 1929 schon 195 570 und Ende 1930 bereits 244 386, davon allein in Wien 102 227, so verlief seit 1928 die Kurve der Arbeitslosigkeit in Oesterreich, einem Land mit rund 6 1/2 Millionen Einwohnern.

Diese katastrophale Steigerung der Arbeitslosigkeit mußte zwangsläufig die Mitgliederbewegung der österreichischen Gewerkschaften ungünstig beeinflussen. 82 073 oder 11,13 Proz. der Mitglieder bewahrten im vorigen Jahr den österreichischen Gewerkschaften nicht die Treue; mit 513 087 Mitgliedern, darunter 142 117 Frauen, schließt die Jahresbilanz 1930 des österreichischen Gewerkschaftsbundes ab. Gleichfalls ungünstig beeinflusst wurde infolge der schweren Krise auch die finanzielle Entwicklung. Rund 1,9 Millionen Schilling wurden im Berichtsjahr weniger eingenommen als 1929, während auf der anderen Seite die Ausgaben ganz erheblich gestiegen sind. Von den Ausgaben in Höhe von rund 22,47 Millionen Schilling entfielen allein auf Unterstützungen 7,64 Millionen Schilling oder rund 34 Proz. der Gesamtausgaben. Trotz der gesteigerten Ausgaben hat sich aber der Massenbestand der freien Gewerkschaften Oesterreichs im vorigen Jahr noch um fast eine Million Schilling auf 29,75 Millionen Schilling erhöht.

Der Lohn- und Tarifpolitik der österreichischen Gewerkschaften stand die Krise auch hemmend im Wege. Die Zahl der Bewegungen sowie der Streiks ist im vorigen Jahr gegenüber den früheren Jahren stark zurückgegangen. Die Erfolge waren gleichfalls nicht so zahlreich und groß wie in den Jahren zuvor. Wenn die Oesterreicher sich in ihren Gewerkschaften erfreulicherweise nicht mit Roten herumzuschlagen brauchen, so haben sie doch aber genug auf die Heimwehler und andere rechtsextreme Elemente achtzugeben, die den freien Gewerkschaften gern den Garaus machen möchten. Die österreichischen freien Gewerkschaften haben sich im vorigen Jahr trotz schwerer Bedrängnis mader gehalten und werden auch das ebenso schwarze Krisenjahr 1931 unerschüttert überstehen.

## Gorgen um die Arbeitslosen.

### Auch Schweden vor einem schweren Winter.

Stockholm, 4. September.

Die Zahl der unterstützungsluchenden Arbeitslosen ist hier gegenüber dem Vorjahr um das Sechsfache gestiegen. Unter diesen Umständen sieht man auch in Schweden einem schweren Winter entgegen. Am schlimmsten betroffen sind die Arbeiter der Stein-Industrie, aber auch die Holz-Industrie und die Glasfabriken leiden unter dem Mangel an Aufträgen beträchtlich.

## Gaukonferenz des ZbA.

### Drei Jahre Gau Brandenburg-Mecklenburg-Grenzmark.

Heute und morgen tagt in Berlin die Gaukonferenz des Gaus Brandenburg-Mecklenburg-Grenzmark des Zentralverbandes der Angestellten. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse werden der Konferenz und den Verhandlungen das Gepräge geben.

Trotz Wirtschaftskrise und gewaltiger Arbeitslosigkeit, von der auch die Angestellten in erheblichen Teilen betroffen sind, ist die Entwicklung in dem Gau aufwärts gegangen. Das beweisen die Mitgliederzahlen sehr deutlich. Zur Zeit der Konstituierung des Gaus, Mitte 1928, wurden 32 360 Mitglieder gezählt. In drei Jahren ist die Mitgliederzahl gestiegen auf 45 341 Mitglieder. Das ist ein Zugang von 12 981 Mitgliedern oder eine Steigerung um 40,1 Prozent. In 85 Ortsgruppen und 19 Jahrestellen wird nicht nur wichtige und aufbauende Verbandsarbeit geleistet; durch die Vermehrung dieser Gliederungen gelang es vielmehr, auch in solchen Orten Kreise zu schlagen, in denen sich bisher die gegnerischen Verbände dominierend äußerten.

Auch die Jugendarbeit hat sich während der drei Jahre außerordentlich entwickelt. Es gelang, in dieser Zeit die Zahl der Jugendgruppen zu verdoppeln und die der Jugendmitglieder um über 100 Proz. zu steigern. Wir wünschen den Verhandlungen, die in besonders schwerer Zeit stattfinden, vollen Erfolg.

## Bildungsarbeit der Angestellten.

Wie in den früheren Winterhalbjahren veranstaltet die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten auch im Winterhalbjahr 1930/31 eine Reihe von berufsmäßigen Arbeitsgemeinschaften, die sowohl der Erwerbung elementarer Berufskennnisse als auch der Festigung und Weiterbildung in qualifizierter und verantwortlicher Berufsarbeit dienen. Der Arbeitsplan für das kommende Winterhalbjahr umfaßt insgesamt sechs wieder in Einzelgebiete unterteilte Arbeitsgemeinschaften, eine in Deutsch- und Fremdsprachen, für Anfänger und Fortgeschrittene, eine in Kurzschrift, eine in Schrift (Rundschrift, Vadschrift usw.) und Zeichnen, eine in Werbe-, Verkaufs- und Warenkunde, eine in kaufmännischer Betriebskunde, und die letzte in bestimmten Berufszweigen für einzelne Angestelltenkategorien (Verkauf, Arbeitsamt, Rotarbeitsangehörer usw.). Fast alle Arbeitsgemeinschaften sind so in Einzelkreise unterteilt, daß in jedem Kursus an das in dem vorherigen Lehnbefeld angeknüpft wird, aber auch der Eintritt in jeden Kursus möglich ist. Mit Ausnahme einiger Arbeitsgemeinschaften beträgt die Teilnehmergebühr für jeweils 8 Doppelstunden 7 Mark für erwachsene ZbA-Mitglieder und 4 Mark für Lehrlinge und Jugendliche unter 18 Jahren. Arbeitslose Mitglieder können unentgeltlich daran teilnehmen. Die Arbeitsgemeinschaften werden abgehalten im „Sophien-Lyzeum“ in der Weinmeisterstr. 16/17 und im Verbandsklub der Ortsgruppe des ZbA in der Hedemannstr. 12. Nähere Auskünfte werden in der Sprechstunde Montags und Freitags von 17 bis 19 Uhr und in den Vormittagsstunden von 10 bis 15 Uhr (Sonnabends bis 13 Uhr) im Ortsgruppenbüro erteilt.

## Splitter und Balken.

### Die APD. und die Arbeiterbank.

Nachdem der Kommunistischen Partei in Duzenden von Fällen nachgewiesen worden ist, daß sie in den eigenen Partei- und Wirtschaftsbetrieben dazu übergeht, selbst die in privatkapitalistischen Betrieben üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbieten, glaubt die „Rote Fahne“ jetzt, die Verhältnisse bei der Arbeiterbank gegen Gewerkschaften und Partei auszuspielen zu können. Hierzu geht uns vom Betriebsrat und vom Allgemeinen Verband der Bankangestellten die Erklärung zu, daß eine Hilfsstellung der „Roten Fahne“ von den gewerkschaftlich organisierten Bankangestellten weder gewünscht, geschweige denn von ihnen gefordert werden ist.

Wenn die „Rote Fahne“ aber Bankangestellten zu Hilfe kommen will, soll sie ihre Hilfe in erster Linie den in der APD. organisierten Angestellten der Garantie- und Kreditbank für den Osten zuteil werden lassen, die sich widerstandslos von ihrer Moskauer Zentrale, der Russischen Staatsbank, seit Jahr und Tag einen ständigen Gehaltsabbau haben gefallen lassen. Im übrigen dürfte Genosse Leipart einen guten Tausch machen, wenn er seine „Villa“ (ein Einfamilienhaus) gegen die prunkvollen Räume austauschen könnte, die die Garantie- und Kreditbank für den Osten ihren hierher entsandten russischen Bankdirektoren zur Verfügung stellt — samt dem dazugehörigen Einkommen.

## Lohnabbau gemildert.

### Einigung in der Porzellanmanufaktur.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, wollte die Betriebsleitung der Staatlichen Porzellanmanufaktur die Löhne ihrer 200 Arbeiter ab 3. September um 10 Proz. herabsetzen. Sie hatte zu diesem Zweck sämtlichen Arbeitern die Einzelarbeitsverträge gekündigt, ihnen aber die Weiterbeschäftigung zugesagt, wenn sie sich mit dem 10prozentigen Lohnabbau einverstanden erklären. Zugleich mit dem Lohnabbau sollten die Kündigungsfristen der Arbeiter von vier Wochen auf eine Woche herabgesetzt und die Sonn- und Feiertagsbezahlung abgeschafft werden.

Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat haben nun zu einer Vereinbarung geführt, der die Belegschaft auf Grund der Eigenart des Betriebes zugestimmt hat. Danach wird der Lohn nicht um 10 Proz. abgebaut, sondern gestaffelt nach den Verdiensten der Arbeiter um 5 bis 8 Proz. Bei einem Monatsverdienst bis zu 200 M. beträgt der Lohnabbau 5 Proz., bei einem Verdienst bis zu 300 M. 7 Proz., und bei einem Verdienst von mehr als 300 M. monatlich 8 Proz.

Die Sonn- und Feiertagsbezahlung wird nicht geändert. Hinsichtlich der Kündigungsfristen wurde vereinbart, daß sie bis zum 1. April 1932 vorübergehend auf 14 Tage herabgesetzt werden und nach dem 1. April wieder vier Wochen betragen.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, zur Begrüßung der Delegierten der Gaukonferenz heute abend im Arbeitervereinsklub, Alexanderstr. 40-41, Groß-Berlin, Reichshalle, Parkett. Mitglieder können Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M. an der Abendkasse ab 30 Uhr erhalten.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Stelle im Freien ab 10 Uhr Sonntag, 10. September, im Schillerpark. — Wer sich für die Selbstübernahmeprüfung für die arbeitende Jugend im Jugendberufshaus interessiert, wende sich an den Jugendberufshausleiter.

Berichterstatter für Politik: Peter Schill; Wirtschaft: G. Rittmeister; Gewerkschaftsbewegung: J. Heiner; Funktionen: Fr. John Schmalz; Lokales und Sonstiges: Fritz Harsh; Kurieren: H. Glöck; Schriftleitung: Berlin; Verlag: Rotwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Rotwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Greiner u. Co., Berlin, E. B. 68, Unter den Eichen 3, 2. Stock.